Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie

Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2–5 — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 45 | **Berlin, den 7. November 1931** | **6. Jahrgang**

Zum 9. November

Neunter November — Bürger und Spießer erschrak;
anbrach ein herrlicher, ewig geheiligter Tag.
Blutrote Fahnen wehten, Kronen rollten im Sand;
wir aber reichten uns, kämpfende Brüder, die Hand.

Wolken am Himmel — überall Dunkel und Not;
doch die Proleten erkannten ihrer Stunde Gebot!
Junge und alte — Hoffnung im strahlenden Blick,
schritten wir gläubig zum Kampfe, keiner blieb zagend zurück.

Ewig gehalten nieder in Sklaverei,
wurden wir dennoch endlich Mensch — und wieder frei.
Hütten, Büros und Betriebe lagen verlassen und leer;
dröhnenden Schrittes stürmten wir trotzig daher.

Und aus Nebel — selbst aus Knechtschaft und Nacht,
stieg ein neuer Morgen, hell und voll sonniger Pracht.
Nicht mehr bluten und morden, hier wuchs — wunderbar,
endlich die Freiheit, die der 9. November gebar.

Darum die Liebe zu diesem herrlichen Tag,
die weder Himmel noch Hölle uns wieder zu rauben vermag.
Darum das Ringen, wir lassen uns nicht beirr'n,
was wir begonnen, werden zum Siege wir führ'n.

Neunter November — Millionen Herzen erglüh'n,
heilige Funken die blutroten Fahnen umsprüh'n . . .
Funken des Wollens, entsprungen dem starken Gefühl:
einmal gelangen wir sicher zum letzten und herrlichsten Ziel!

Brüder, so hebet uns're Fahnen ins Licht!
Brüder, so leben noch Treue, Glaube und Pflicht,
Brüder, nun zeiget: Unser die Zukunft gehört,
und keiner das Bollwerk des schaffenden Volkes zerstört!

W. Bock.

Schuldige wollen anklagen

Wenn Schwerindustrielle Deutschlands sich in die Politik drängen, dann kann man sicher sein, daß Geschäftsinteressen der Anlaß sind. Gegenwärtig versucht die Schwerindustrie innenpolitisch einen weiteren Lohn- und Sozialabbau zu erreichen, aber auch außenpolitisch macht sie sich bemerkbar, und das ist ebenso unheilvoll; denn bisher brachte stets das Einmengen der Schwerindustrie in die Außenpolitik dem Vaterland nur neue Schwierigkeiten, ja, sogar Unglück. Das war im Kriege beim Friedensschluß und auch bei der Ruhrbesetzung der Fall. Seinerzeit war Stinnes der polternde Vertreter der Schwerindustrie, gegenwärtig übt sich Dr. Fritz Thyssen in der Rolle. Er suchte sich Amerika als politisches Betätigungsfeld aus. An der Columbia-Universität in New York hielt er vor amerikanischen Wirtschaftlern einen Vortrag, in dem er die deutsche Revolution, das Versailler Friedensdiktat, den Einfluß der Gewerkschaften und der ihnen befreundeten Parteien auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, den Einfluß der Kreditinflation 1924—29 und den Einfluß der Stabilisierung der Reichsmark nach der Inflation auf ihren vollen Friedenswert im November 1923 behandelte. Wenn Hasser der Gewerkschaften und blinde Parteinationalisten, wie Fritz Thyssen, über solche Dinge reden, kann man sich schon denken, mit welcher „Objektivität" sie polemisieren und beweisführen, mit welchen Mitteln sie politisieren, und was sie stets vergessen zu sagen. Wir nehmen es Thyssen nicht übel, wenn er nicht gut von den Gewerkschaften spricht, aber daß er ausgerechnet nach Amerika reist, um gegen die Gewerkschaften vorzugehen, das zeigt, daß er vor ihnen gruselig machen will, daß er die amerikanischen Spießer gegen die sozialistischen Ideen, die entwicklungsbedingt sind, aufbringen will. Er will damit das amerikanische Publikum, vor allem die dem Faschismus mißtrauenden Wirtschaftler „aufklären", daß eigentlich die Gewerkschaften und der Sozialismus und nicht der Faschismus die große Gefahr für ihr in Deutschland angelegtes Geld seien. Im Beisein von Owen Young, dem schärfsten und kenntnisreichsten Beobachter Deutschlands, wagt Thyssen eine so politisch anfechtbare und wirtschaftlich unwahre beweislose Rede zu halten, in deren Verlauf er auch behauptete: „Die deutsche Krise ist also die Folge der nationalen und internationalen Mißhandlung des Kapitals und der nationalen und internationalen Mißachtung der Wirtschaftsgesetze." Diese Behauptung in einem auch von der Krise heimgesuchten Land aufzustellen, ist mehr als ein Mißgriff, muß dort als Unwahrheit gelten, weil die Krise ja auch in Ländern wie Italien, Japan und selbst Amerika wütet, die doch gewiß keine nationalen und internationalen Mißhandlungen und keine Mißachtung des Kapitals und der Wirtschaftsgesetze durch Gewerkschaften und ihnen befreundete Parteien zu erdulden hatten. Thyssens Rede, Beweisführung und Auftreten in New York war deshalb unklug, taktlos, falsch, querköpfig und Deutschland abträglich. Einem Amerikaner würde es nie einfallen, so etwas zu tun.

Da Thyssen mit Absicht nicht von den wahren und eigentlichen krisenverschärfenden deutschen Schwierigkeiten sprach, die die internationale und nationale Mißhandlung des Kapitals und die nationale und internationale Mißachtung der Wirtschaftsgesetze tatsächlich zur Folge hatten, wollen wir kurz eine Anzahl Beweise aus der letzten Zeit bringen und den Thyssenschen Redensarten einige Tatsachen entgegenstellen.

Den Hauptanstoß zur Vernichtung des ausländischen Vertrauens zur deutschen Wirtschaft und Politik gab unzweifelhaft der Zusammenbruch der Frankfurter Allgemeinen Versicherungsgesellschaft A.-G. in Frankfurt a. M. Die „Favag", so wird die Firma in der Abkürzung genannt, hatte ein Aktienkapital von 25 Millionen Reichsmark, besteht bereits seit dem Jahre 1865 und war ein auch im Auslande angesehenes Unternehmen. Es wurde völlig zu Grunde gerichtet durch Fehlspekulationen der Leiter und durch Uebergreifen der Geschäfte auf wesensfremde Arbeitsgebiete, das so verdeckt vor sich ging, daß nicht einmal die Staatsaufsicht etwas davon merkte. Die Umstände, wie das alles vor sich ging, können wir in diesem Zusammenhang gar nicht schildern, es kommt mehr darauf an, nachzuweisen, daß der Skandal die Welt aufhorchen ließ. Dieser bestand darin, daß das Aktienkapital von 25 Millionen Reichsmark, die technischen Reserven von 40,5 Millionen Reichsmark und die anderen Reserven von 8 Millionen Reichsmark wahrscheinlich verloren sein werden, ferner daß Direktoren Gehälter in Höhe von 192 000, 175 000, 100 000 und 50 000 Reichsmark im Jahre einsteckten und daß sie sich nebenbei seit 1924 noch 2,9 Millionen Reichsmark Zuwendungen zukommen ließen. Der Aufsichtsratsvorsitzende bekam 20 000 im Jahr, und die Aufsichtsratsmitglieder erhielten je 10 000 Reichsmark im Jahr für ihre „aufopferungsvolle" Tätigkeit, die darin bestand, daß sie die Direktoren beaufsichtigten, wie diese die Gesellschaft betrogen, ohne daß es der Aufsichtsrat merkte. Der Bankerott der Favag schädigte auch Ausländer und die Wirkung war wachsendes Mißtrauen und einsetzende Kündigung der kurzfristigen Kredite.

Dem Fall der Favag folgte dann der Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt in Wien und darauf die kapitalistische Tragödie, der Ruin des Nordwolle-Konzerns, der Fall Lahusen, mit der Katastrophe der Danat-Bank, der Schröder-Bank und der Dresdener Bank. Die Hauptschuldige am Bersten privatkapitalistischer Grundpfeiler war die Familie Lahusen in Bremen. Die nichtsahnenden Aufsichtsräte und Banken begnügten sich mit Nebenrollen. Der „glorreichen Führung" der Lahusen ist es zu danken, daß 240 Millionen Reichsmark Verlust beim Nordwolle-Konzern eintrat, daß 25 000 Arbeiter und Angestellte plötzlich ihre Existenz verloren, daß die gutgläubigen betroffenen Banken vom Reich bzw. von der Stadt Bremen gestützt, und daß dazu 350 Millionen Reichsmark aus öffentlichen Mitteln geopfert werden mußten. In dieser Summe ist noch nicht enthalten, was einzelne Länder noch aufwenden mußten, um die anderen mit in den Strudel gerissenen Banken zu halten. Die Lahusen, die dieses Wirtschaftsunglück mit verschuldet hatten, waren protzenhafte Privatkapitalisten, die sich ein Schloß im Werte von 3 600 000 Reichsmark und ein Verwaltungsgebäude für 12 Millionen Reichsmark hatten errichten lassen und ihren Arbeitern und Angestellten Hungerlöhne zahlten. Ein Teil dadurch zum Stillstand gekommene Betriebe hat heute noch seine Pforten geschlossen und die Belegschaften fallen der Arbeitslosenversicherung anheim.

Der neueste Fall kapitalistischer Mißwirtschaft ereignete sich erst vor etlichen Tagen bei den Ostwerken und bei der Schultheiß-Patzenhofer A.-G. Der Hauptschuldige an diesem Drama ist der ehemalige Generaldirektor Ludwig Katzenellenbogen und die Nebenfiguren einige Bankdirektoren und Aufsichtsräte. Ludwig Katzenellenbogen wollte die Schultheiß-Patzenhofer A.-G. beherrschen und beauftragte die Danatbank und die Commerz- und Privatbank die Aktien zum Kurs von 270 zu kaufen. Er übernahm Kursgarantie. Kürzlich war die Zahlung der Aktien fällig, bei dieser Gelegenheit kam heraus, daß die Vorgänge ein so schwindelhaftes Unternehmen darstellten, daß 75 Millionen Reichsmark Verlust eintraten, die die Schultheiß-Patzenhofer A.-G. aufzubringen hatte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Kapitalistenstreich noch andere Werke in Mitleidenschaft zieht und Arbeiterentlassungen zur Folge hat.

Letzten Endes muß noch der Fall Karstadt erwähnt werden, da auch er Verluste von Millionen für die Wirtschaft brachte, die gegenwärtig so notwendig allüberall dringend gebraucht würden.

Das sind einige folgenschwere, skandalöse und geradezu verhängnisvolle Begebenheiten aus dem Bereich der Privatwirtschaft, die Thyssen zu erwähnen vergaß und die Deutschland so unermeßlichen Schaden an Geld, Arbeitsmöglichkeit, Kredit und Vertrauen brachten, daß Jahre dazu nötig sein werden, um diese „nationale Mißhandlung des Kapitals und diese nationale Mißachtung der Wirtschaftsgesetze" durch Kapitalisten aus der Welt zu schaffen.

Dr. Fritz Thyssen beklagte sich in seinem Vortrag auch wieder über die hohen Steuerlasten und Sozialabgaben, und vergaß dabei ganz, daß die Stahlindustriellen und Zechenbesitzer darüber hinaus noch imstande sind, freiwillig pro Tonne Erzeugnis noch 50 Pf. für ihre Parteizwecke zu opfern. Wer sie bekommt, kann man sich sehr leicht denken.

Das sind ein paar Tatsachen aus dem Jahre 1931. Sie lassen sich auch in Ziffern ausdrücken. Der Gesamtschaden der offen daliegenden Skandale und Zusammenbrüche erreicht eine Höhe von rund 800 Mill. Mark, um die die deutsche Wirtschaft erleichtert wurde. Der indirekte Schaden wird nicht geringer sein. Wenn man zu diesem kleinen Abschnitt aus dem Sündenregister der privatkapitalistischen Wirtschaft noch die Kapitalflucht unserer deutschen Patrioten hinzuschätzt, so kommen Beträge heraus, die horrend sind.

Was müssen sich die Ausländer wohl denken, wenn sie einen Schwerindustriellen jammern und klagen hören, wenn sie beobachten, wie er falsche Argumente an den Haaren herbeizieht und die Wahrheit vergewaltigt, wo so offensichtliche Beweise für das völlige Versagen deutscher Wirtschaftsführer und für die Ausplünderung der Wirtschaft durch eigene Schädlinge vorliegen. Sie denken sicherlich: Den so handelnden Deutschen kann nicht geholfen werden.

e—n.

Aktienrechts-Reform und Arbeiterklasse

Die bestehenden politischen Verhältnisse geben dem Reichskanzler eine Handlungsfreiheit, wie sie vor ihm kaum ein deutscher Staatsmann hatte. Der Kanzler könnte und müßte unter diesen Umständen Größeres und Wertvolleres leisten als das, was bisher geschah. Statt großzügiger und mutiger Lösung der großen Aufgaben, an denen die Gegenwart überreich ist, sehen wir ein schüchternes und unglaubliches Tasten im Ungewissen. Statt geradliniger Neugestaltung auf lange Sicht gibt es ein buntes Flickwerkchen für das Heute, dessen Wert für das Morgen schon fraglich ist.

Das zeigt sich deutlich wieder an der letzten Notverordnung. Dieses bunte Gesetzeswerk beschäftigt sich auch ein wenig mit Fragen der Aktienrechtsreform. Daß diese Dinge nicht nur ein paar kuponabschneidende Aktionäre, sondern das gesamte Volk und den Staat etwas angehen, haben der Danatbank- und der Nordwollekandal allen fühlbar gezeigt. Jedermann fragte damals: Wo blieben die Aufsichtsräte dieser Unternehmungen, und warum griffen sie nicht ein? Fest steht, daß die Aufsichtsräte versagt hatten. Fest steht, daß dieses Versagen sich wirtschaftlich und politisch in weitestem Umfange auswirkte. Fest steht, daß um Haaresbreite eine Wirtschaftskatastrophe größten Ausmaßes vermieden wurde. Alles das — wir brauchen uns nicht einmal an die abgehärmten Gesichter der Arbeiterfrauen mit ihren Sparkassenbüchern vor den geschlossenen Bankschaltern und nicht daran zu erinnern, daß Tausende von Arbeitern und Angestellten auf die Straße flogen und daß jeder dem Staat an Unterstützung und Steuerausfall rund 1000 RM jährlich kostet — es wäre Grund genug gewesen, das reformbedürftige Aktienrecht gründlich zu erneuern und zu verbessern. Die Notverordnung flickte statt dessen ein Fleckchen auf das alte Recht. Sie ging lediglich den Aufsichtsratsrekordinhabern ein wenig zu Leibe.

Nach diesen neuesten Bestimmungen darf niemand mehr als 20 Aufsichtsräten gleichzeitig angehören. Das dürfte immerhin einigen Herren peinlich sein. So würde Jakob Goldschmidt, der Danatmann, allein 94 Mandate von seinen 114 abgeben müssen. Der Kölner Bankier Louis Hagen wird sich von 40, der Kölner Oppenheim von 33, Vögler von den Vereinigten Stahlwerken von 32 seiner Mandate trennen müssen. Man rechnet damit, daß 200 der bekanntesten Wirtschaftler insgesamt 3000 Aufsichtsratsmandate abgeben werden müssen.

3000 Aufsichtsratsanwärter können also (wenigstens theoretisch genommen) die ersehnte „Beschäftigung" finden. Eine gute Pfründe ist ihnen sicher. Ein einziger Aufsichtsratsposten bei einem Großbetrieb nährt schon seinen Mann. Und gemessen an dem Durchschnittswochenverdienst des deutschen Industriearbeiters von 30 RM nährt dieser Posten seinen Mann sogar sehr gut. Als Bezüge eines Aufsichtsratsmitglieds werden genannt: bei Aufsichtsräten der Deutschen Bank 10 000 RM, bei der Dresdener Bank ebensoviel, bei Mannesmann 11 000 RM, bei Siemens u. Halske 42 000 RM, bei der J.G. Farben 64 000 RM, bei der AEG 70 000 RM. Wenn auch kleinere Gesellschaften naturgemäß nicht soviel bezahlen,

so besteht doch keine Gefahr für die von der Notverordnung Betroffenen, der Wohlfahrtspflege zur Last zu fallen. Wir verweisen nicht aus Gehässigkeit auf die obenstehenden in Kreisen der Eingeweihten genannten Zahlen. Wir wollen lediglich dartun, was die Institution des Aufsichtsrats der deutschen Wirtschaft kostet, um an diesen Preis ihre Leistungen zu messen. Wir haben in Deutschland rund 11 000 Aktiengesellschaften. Diese haben zusammen etwa 135 000 Aufsichtsratsposten. Setzt man die durchschnittlichen jährlichen Bezüge für den Inhaber jeden Postens niedrig auf 4000 RM an, so ergeben sich jährlich über 500 Millionen Reichsmark an Aufsichtsratsverdiensten. Dabei ist zu beachten, daß es sich in der Regel um Nebenverdienste der Aufsichtsratsmitglieder handelt.

Obwohl das geltende Aktienrecht die tatsächliche Stellung des Aufsichtsrats als Nebenbeschäftigung auffaßt, verlangt es doch sehr viel vom Aufsichtsrat. Nach der gesetzlichen Regel hat der Aufsichtsrat „die Geschäftsführung der Gesellschaft in allen Zweigen der Verwaltung zu überwachen und sich zu diesem Zweck von dem Gang der Angelegenheiten der Gesellschaft zu unterrichten". Diese Bestimmung ist offensichtlich nicht auf die heutigen Verhältnisse der modernen Mammutunternehmungen zugeschnitten. Sie muß aus der Zeit der Schaffung des geltenden Gesetzes verstanden werden. Heute würde jedenfalls bei größeren Unternehmungen die buchstäbliche Erfüllung der gesetzlichen Pflicht an die Arbeitskraft der Aufsichtsräte eine kaum erfüllbare Anforderung stellen. Dazu kommt, daß bei uns das System der sogenannten Drohnenaufsichtsräte eingedrungen ist: dekorative Persönlichkeiten, die von dem Unternehmen zuweilen nicht die blasseste Ahnung haben, werden nicht selten zu Aufsichtsräten gewählt, um der Gesellschaft irgendwelche Vorteile, Beziehungen zu maßgebenden Staatsorganen, Stärkung des Kredits usw., zu erringen. Daraus wiederum entwickelt sich die Einrichtung der vielfachen Aufsichtsratsstellung, der nun die Notverordnung schüchtern zu Leibe rückt.

Aus dem Angeführten ergibt sich, daß der Aufsichtsrat in vielen Fällen seine Pflichten kaum für einen Posten, geschweige denn für Dutzende von Mandaten gewissenhaft erfüllen kann. In zahlreichen Fällen bleibt es bei einer gut bezahlten Repräsentation oder Maklertätigkeit. Der Aufsichtsrat kann in vielen Fällen seine Schutz- und Kontrollfunktion gar nicht ausüben, weil er nicht genügend Zeit oder Erfahrung oder Kenntnisse hat, eine Kontrolle in dem erforderlichen Maße durchführen zu können. An dieser Sachlage würde auch durch die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat nicht viel geändert, da man diesen zu allen ohnehin bestehenden Schwierigkeiten noch recht oft durch fein ausgeklügelte Winkelzüge ihre Rechte beschnitt und sabotierte. Die bestehende gesetzliche Regelung ist unzureichend und überlebt. Bei einem gesunden Kontrollsystem hätten der Favag-Skandal, der Danat-Krach und die Nordwolle-Tragödie verhindert werden können. Schwerste Erschütterungen wären von Staat und Wirtschaft ferngehalten worden, Tausende von Arbeitern und Angestellten wären nicht um ihre Existenz gekommen.

Was in diesen Elitescandalfällen geschah, ist in Zukunft bei anderen Gesellschaften nicht unmöglich. Es ist Pflicht des Gesetzgebers, hier vorzubauen. Die Arbeiterklasse aber hat an einer Reform des Kontrollwesens der Aktiengesellschaft das allergrößte Interesse. Einmal nach der Richtung hin, daß der letzten Endes auf Kosten der Arbeiterentlohnung gehende hohe Kostenfaktor der Aufsichtsratsentschädigungen verringert werde. Zum andern aber, daß eine wirkliche Sicherung ins Wirtschaftsleben eingebaut werde. Das erste ist möglich durch einen Abbau der Zahl der mit Kontrollfunktionen betrauten Personen und ihrer zum Teil unverhältnismäßig hohen Einkünfte. Namentlich wird es Zeit, daß die „Aufsichtsratsdrohnen" verschwinden. Die erhöhte Sicherung der Gesellschaften und der Gesamtwirtschaft läßt sich auf verschiedenen Wegen erreichen. Entsprechend der engen Verflechtung zwischen Staatsinteresse und Interesse der Wirtschaft ließe sich zunächst an die Schaffung eines staatlichen Aufsichtsamtes für das Aktienwesen denken. Auch wäre eine staatliche Mitwirkung bei der Besetzung des Aufsichtsrats zu erwägen. Als radikalste Lösung wäre zu prüfen, ob sich die Funktionen des Aufsichtsrats nicht auf besser geeignetere Organe übertragen ließen. Hier ist insbesondere an die Einführung einer Pflichtrevision zu denken, die dem Aufsichtsrat seine Hauptpflicht, die Prüfung der Rechnungslegung, abzunehmen hätte. Diese Pflichtrevision durch entsprechend qualifizierte Revisoren hätte sich auch auf die Zweckmäßigkeit der Geschäftsgebarung zu erstrecken und würde so den Aufsichtsrat weitgehend überflüssig machen. Sie würde sicherer und billiger arbeiten als der Aufsichtsrat von heute. Diese Pflichtrevision könnte mit dem zu schaffenden staatlichen Aufsichtsamt irgendwie verbunden werden. Dadurch würden allen Beteiligten: dem Staat, dem Anlagekapital und der Arbeiterschaft, gegenüber dem heutigen Zustand erhebliche Vorteile erwachsen, da auch dem Einbau der Mitkontrolle der heutigen Arbeiteraufsichtsräte in die Neuordnung rechtlich keine erheblichen Schwierigkeiten entgegenstehen würden.

B. A. R.

Ein Arbeitsloser klagt:

Ein volles Jahr bin ich nun arbeitslos,
Das kann sehr wenig, doch auch viel besagen,
Mein ganzer Reichtum dürft' zur Stunde bloß
An achtzig Pfennige betragen.

Drei Semmeln sind für heut mein Abendbrot,
Ich werd' sie nicht mit Käs' noch Wurst bestreichen,
Dann wird das Geld zur allerschlimmsten Not
Vielleicht bis übermorgen reichen.

Was dann geschieht, ist schließlich einerlei.
Was wär' auch schon an mir verloren? . . .
Mir fehlt der Mut zur Bettelei;
Ich wär am liebsten nicht geboren.

Hans Weig.

Die Heimarbeit in Deutschland

V.

In Thüringen finden wir vorwiegend die Familien-Heimarbeit vor. Die von der Berufszählung 1925 angegebenen Beschäftigungszahlen dürften zu niedrig sein. Wahrscheinlich sind nur die Heimarbeiterfamilien gezählt, nicht aber die Familienangehörigen. Die Berufszählung 1925 gibt für Thüringen 17 801 berufstätige Heimarbeiter an und auch die Gewerbeaufsicht 1928 nur 17 810.

Die einzelnen Industriegruppen beschäftigten 1928 nach der Aufstellung der Gewerbeaufsicht Heimarbeiter wie folgt: Glas- und Porzellanwaren = 2248; Metallwaren = 475; Maschinen- und Apparatebau = 712; elektrotechnische Industrie gleich 931; Textilindustrie = 5432; Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe = 752; Lederindustrie = 30; Etuis, Drechslerwaren = 521; Spielwaren = 2250; Zigarrenindustrie gleich 710; Bekleidungsindustrie = 4310; Handelsgewerbe = 75.

Wie schon oben erwähnt, ist die Zahlenangabe zu niedrig. Das geht deutlich aus den Angaben bei Glas-, Porzellan- und Spielwaren hervor. Drei- bis vierfach höhere Zahlen dürften nach unseren Erhebungen das Richtige treffen.

Ueber den Entwicklungsgang der Thüringer Heimindustrie, der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Heimarbeiter ist der Oeffentlichkeit seit mehr als 40 Jahren dauernd berichtet worden. Begleiter dieser Arbeit war mit weniger Ausnahme immer die Not und das Elend in körperlicher und zum großen Teile auch geistiger Beziehung. Erst als man den Heimarbeitern gesetzlichen Lohnschutz gab, wurde es besser. Die Wirtschaftskrise der letzten Jahre hat allerdings die Heimarbeit wieder zurückgedrängt. Die Unternehmer nutzen die Krise für sich aus. Lohndruck ist trotz vorhandener Tarife über die Entgelte vorhanden. Dazu gesellt sich gegenseitige Lohnunterbietung der Heimarbeiter. In den Jahren nach der Inflation sind die Verleger dazu übergegangen, ihre Aufträge nur kurzfristig herauszugeben. Das hat zur Folge: Ueberlange Arbeitslosigkeit, Lohnunterbietung und übermäßig lange Arbeitszeit in der Zeit der Auftragsausführung.

Die Thüringischen Fachausschüsse haben in den ersten Jahren ihres Bestehens und auch heute noch gute Aufbauarbeit geleistet. Eine Ausnahme bilden die Fachausschüsse in Südthüringen, die haben in den letzten Jahren vollständig versagt beim Tarifaufbau wie bei der Tarifdurchführung. Auch die Errichtungsbehörde dieser Fachausschüsse hat durch ihr Verhalten hemmend in die Entwicklung des Heimarbeiterschutzes eingegriffen. Es war in der Regierungszeit des Hitlermannes, Dr. Frick, und ist deshalb kaum verwunderlich.

Die Gewerbeaufsichtsbehörden in Thüringen bekümmern sich im Gegensatz zu den Gewerbeaufsichten anderer Länder viel zu wenig um die Durchführung der Lohntarife. Sie kennen wohl die Not der Heimarbeiter fest, gehen aber an der Wurzel der Not, dem Lohndruck, vorbei. Eine Aenderung dieses Zustandes wäre wünschenswert.

Ein besonderes Kapitel in der Thüringer Heimarbeit bilden die Wohnungsverhältnisse. Die Gewerbeaufsicht Meiningen hat 1928 erneut bei 1680 Heimarbeiterfamilien Erhebungen angestellt. In den besuchten Familienbetrieben waren 53 besondere Arbeitsräume festgestellt, die ohne Hinzunahme von Wohn- und sonstigen Räumen ausschließlich als Arbeitsräume verwendet wurden. Zahl und Größe dieser Räume ist aus nachstehender Uebersicht ersichtlich:

bis 10	10-20	20-30	30-40	40-50	50-60	60-70	über 70 cbm
2	29	64	63	57	46	39	71 Räume

In diesen Räumen waren beschäftigt 910 Familienangehörige einschließlich 143 eigener Kinder und 157 fremde Hilfskräfte einschließlich 11 fremder Kinder.

53 Familienbetriebe verfügten über besondere Arbeitsräume, mußten aber noch Wohn- und Kochraum zu Arbeitszwecken mit benutzen. Zahl und Größe dieser Räume ergibt nachstehende Zusammenstellung:

a) Arbeitsräume:

bis 10	10-20	20-30	30-40	40-50	50-60	60-70	über 70 cbm
4	20	19	9	10	5	2	5 Räume

b) Arbeits-, Wohn- und Kochräume:

bis 10	10-20	20-30	30-40	40-50	50-60	60-70	über 70 cbm
—	2	7	23	37	9	3	5 Räume

Hierin waren tätig: 275 Familienangehörige einschließlich 22 Kinder, 41 fremde Hilfskräfte einschließlich eines Kindes.

In 1054 Betrieben mußten Wohn- und Kochräume als Arbeitsräume mit benutzt werden (Gruppe C).

Größen und Anzahlangaben sind aus nachstehendem zu ersehen (Gruppe C):

bis 10	10-20	20-30	30-40	40-50	50-60	60-70	über 70 cbm
—	70	238	308	190	76	37	33 Räume

Hier waren tätig 2105 Familienmitglieder einschließlich 165 Kinder und 132 fremde Hilfskräfte einschließlich 5 Kinder.

In 107 Betrieben diente der Arbeitsraum als Wohn-, Koch- und Schlafraum. Zahl und Größe der Räume verteilen sich wie folgt (Gruppe D):

bis 10	10-20	20-30	30-40	40-50	50-60	60-70	über 70 cbm
—	3	18	18	34	16	11	7 Räume

Tätig waren in diesen Räumen 248 Familienmitglieder einschließlich 20 Kinder sowie 7 fremde Hilfskräfte.

74 Betriebe sind, teils weil die Arbeitsverrichtungen zur Beurteilung der Arbeits- und Wohnungsverhältnisse unerheblich sind, z. B. bei Puppenkleidernäherinnen, teils weil die für die Hausarbeit verantwortlichen Personen nähere Auskünfte verweigerten, aus vorstehender Statistik ausgeschieden.

Unter Berücksichtigung der Arbeitsvorrichtungen, der Kopfzahl und des Geschlechts sowie des Alters der einzelnen Familienmitglieder mußten folgende Wohnungen als unzureichend bezeichnet werden:

Gruppe B = 30 Wohnungen: 179 Familienmitglieder, davon 44 Kinder;

Gruppe C = 362 Wohnungen: 1750 Familienmitglieder, davon 594 Kinder;

Gruppe D = 107 Wohnungen: 502 Familienmitglieder, davon 156 Kinder.

In der letztgenannten Gruppe wurden acht Wohnungen gefunden, die nur aus einem Raum bestanden und insgesamt 28 Personen einschließlich 11 Kinder beherbergten.

Die Feststellungen der Gewerbeaufsicht Meiningen stelle das Kapitel „Wohnungsnot in der Heimindustrie" in ein besonderes Licht. Schlechte und zu enge Wohnungen, dazu Lohndruck der Unternehmer und wenn nicht vorhanden, dann ist Arbeitslosigkeit da, das ist das Los des weitaus größten Teils der Thüringer Heimarbeiter.

H. Elflein.

Gewerkschaften der Keram- und Glasarbeiter Großbritanniens

In Großbritannien herrscht noch eine weitgehende Zersplitterung der gewerkschaftlichen Organisationen. Ende 1929 gab es — nach dem Bericht des Arbeitsministeriums in London — insgesamt 1114 Berufsorganisationen von Arbeitnehmern, die als Gewerkschaften anzusprechen waren. Die meisten davon sind kleine Organisationen von Angehörigen eines einzigen Berufes oder mehrerer naheverwandter Berufszweige, deren Tätigkeitsbereich oft auf einen Ort oder Bezirk beschränkt ist.

Die Statistik der Mitgliederbewegung der Gewerkschaften in den letzten zwei Jahrzehnten zeigt eine ununterbrochene Zunahme bis einschließlich 1920. Seither fanden mit Ausnahme der Jahre 1924 bis 1929 stets Mitgliederverluste statt. Ende 1929 war die Mitgliederzahl nicht wesentlich höher als bei Beginn des Weltkrieges; sie betrug 1914 4 145 000 und 1929 4 833 000. Ende 1920 dagegen waren 5 339 000 Mitglieder vorhanden.

In der Keramindustrie gibt es zwei Organisationen von Arbeitnehmern, und zwar die National Society of Pottery Workers und einen Verein der Werkmeister und Betriebsbeamten.

Der National Society of Pottery Workers gehören Arbeiter der verschiedenen Zweige der Keramindustrie an, ausgenommen Ziegelarbeiter. Der Sitz des Verbandes ist in Hanley, Stoke-on-Trent, im Bezirk Stafford, wo die englische Keramindustrie hauptsächlich konzentriert ist. Außerdem ist diese Industrie nur noch im Bezirk Derby von einiger Bedeutung. Der Verband hatte zu Ende des Jahres 1929 in 34 Zweigvereinen 18 702 Mitglieder, verglichen mit 24 103 Ende 1923. Seine Einnahmen betrugen 1928 27 288 Pfund Sterling (gleich je etwa 20 RM) und 1929 27 629 Pfund Sterling. Die Ausgaben waren wie folgt:

	1928 Pfund	1929 Sterling
Arbeitslosenunterstützung	10 026	8 478
Streikunterstützung	199	135
Sterbegeld	30	75
Andere Unterstützungen	349	685
Beiträge an die Arbeiterpartei	1 056	889
Beiträge an Verbände usw.	1 776	1 763
Verwaltung und Sonstiges	8 903	9 056
Zusammen:	22 339	21 081

Ende 1929 war ein Vermögensbestand von 27 217 Pfund Sterling vorhanden.

Die Mitgliederzahl des Vereins der Werkmeister und Betriebsbeamten der Keramindustrie, der Pottery Managers and Officials' Association (Woodland Avenue Burslem, Stoke-on-Trent) konnte nicht festgestellt werden. Er ist weder auf Grund des Gewerkschaftsgesetzes eingetragen, noch der gewerkschaftlichen Landeszentrale angeschlossen.

In der Gewerbegruppe Porzellan, Steingut, Steinzeug usw. unterstanden Mitte 1930 78 450 Arbeitnehmer der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, eine Zahl, die ungefähr der Gesamtzahl der organisierbaren Berufsangehörigen entsprechen dürfte. Tatsächlich organisiert waren aber kaum 20 000.

Besondere Organisationen der Ziegeleiarbeiter gibt es nicht. Ein kleiner Teil von ihnen gehört allgemeinen Arbeiterverbänden an.

*

Noch weniger befriedigend als in der Keramindustrie ist der Stand der gewerkschaftlichen Organisation in der Glasindustrie. Ein Zentralverband besteht überhaupt nicht. Die etwa 4000 organisierten Glasarbeiter, die es Ende 1929 nach der amtlichen Statistik gab, verteilten sich auf fünfzehn kleine Vereinigungen, von denen inzwischen zwei zu existieren aufgehört haben, nämlich die Vereine der Glasflaschenmacher in Glasgow und in Portobello, so daß noch dreizehn Organisationen verbleiben. Die stärkste davon ist die National Glass Workers' Trade Protection Association, die in Castleford im Bezirk Yorkshire ihren Sitz hat und rund 1000 Mitglieder zählt. Ueber 300 Mitglieder haben ferner folgende Organisationen der Glasarbeiter:

	Mitglieder
Glass Bottle Workers' Trade Society (Glasflaschenmacher) in London	560
Glass Bottle Makers' Association (Glasflaschenmacher) in Lancashire	504
Glass Bevellers and Kindred Trades Society (Spiegelglasabschleifer und verwandte Berufe) in Birmingham	314
National Society of Glass Workers (Glasarbeiter) in Manchester	402
Pressed Glass Makers' Society (Preßglasmacher) in Gateshead, Durham	305
National Flint Glass Makers' Society (Kristallglasmacher) in Stourbridge	427

Die übrigen Berufsvereine der Glasarbeiter haben ganz geringe Mitgliederzahlen. Der kleinste darunter ist der Glasmalerverein in London (Glass Painters' Union), der 1929 nur noch 21 Mitglieder hatte.

Das Arbeitsministerium in London veröffentlicht alljährlich zusammenfassende Statistiken der Mitgliederbewegung der Berufsvereine der verschiedenen Berufsgruppen. Wir entnehmen diesen Statistiken, daß in der Gruppe Keram- und Glasindustrie die Mitgliederzahl aller bestandenen Arbeitnehmerorganisationen von 1911 bis 1914 langsam stieg; dann folgte in der Kriegszeit eine rasche Zunahme, die noch bis 1920 anhielt. Der Rückgang nach 1920 war fast ebenso rasch und bedeutend wie die vorausgegangene Zunahme. Er dauerte bis 1928. Erst 1929 trat wieder eine geringfügige Zunahme ein.

Die Mitgliederzahl aller Organisationen der Arbeitnehmer der Keram- und Glasindustrie war seit 1911 wie folgt:

1911	18 169	1922	33 811
1913	19 252	1924	31 061
1918	43 757	1925	29 655
1919	51 899	1926	28 212
1920	55 734	1927	25 149
1921	47 442	1928	24 730
1929			24 964

Den Mitgliederverlust, der seit 1921 stattfand, hat in erster Linie die schwere Wirtschaftskrise verschuldet, die seit einem Jahrzehnt auf Großbritannien lastet. Außerdem kommen noch mancherlei andere Umstände mit in Betracht.

H. F.

Ergebnis des „Wahr-Schau-Preisausschreibens" 1931

Der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften hatte in seinem Wahr-Schau-(Unfallverhütungs-)Kalender 1931 durch ein Preisausschreiben kurze Verse und Merksprüche für seine Wahr-Schau-Bewegung gesucht. Das Preisgericht hat wie folgt entschieden:

1. Preis, 150 RM, für den Vers:

Augen auf! Gedanken klar!
Ueberall droht heut' Gefahr!
Denk an dich — aus Eigennutz,
Denk auch an des Nächsten Schutz!
(Betriebsleiter Gottfr. Richter, Sichelwerk, Hannover-Limmer.)

2. Preis, 100 RM, für den Vers:

Ueb' Vorsicht! Schlimme Folgen hat oft ein klein Versehn.
Mit „hätt' ich" und „ich dachte" machst du nichts ungeschehn.
Das Unglück packt oft grausam schnell zu mit schwerer Hand:
Drum halt' die Augen offen und brauche den Verstand!
(Wilh. Patschulla, Vertreter, Berlin SO 36, Wiener Str. 16.)

Ferner wurden zwei dritte Preise zu je 75 RM, sechs vierte Preise zu je 50 RM und zwölf fünfte Preise zu je 25 RM, also im ganzen Preise von 1000 RM, verteilt.

40-Stunden-Woche in USA

Nach Mitteilungen des amerikanischen Gewerkschaftsbundes haben bis jetzt 557 921 in den Verbänden der Federation of Labor organisierte Arbeiter die 40-Stunden-Woche in Gestalt der Fünftagearbeit. Die einzelnen Berufe haben daran wie folgt teil: Tischler und Zimmerer 125 000, Maler, Tapezierer, Dekorateure 76 543, Klempner und Installateure 41 076, Maurer, Bauhilfsarbeiter und Pflasterer 50 745, Elektromonteure 40 000, Konfektionsarbeiter 45 000, Elevatorenbauer 10 161, Maschinenbauer 15 000.

Lohnverhandlungen in der deutschen Flaschenindustrie gescheitert

Die Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken befindet sich wieder einmal auf dem Kriegspfade, und zwar hat man den Angriff erneut auf die geringen Löhne der Arbeiter gerichtet. Der im Frühjahr erfolgte Lohnabzug von 6—8 Proz. und die weiteren Verschlechterungen für zylindrisches Großglas, schwedische Schenkbierflaschen, die Herabsetzung der Zuschläge für Herstellung von Ballons und Demyohns genügen den Industriellen noch nicht. Sie wollen mit ihren weitergehenden Anträgen die Existenzgrundlage ihrer fleißigen Arbeiterschaft vernichten, denn sonst wäre es unergründlich, den Mut zu haben, solche Forderungen wie nachstehend veröffentlicht, den Arbeitnehmerorganisationen zur Tarifregelung vorzuschlagen.

„Forderungen der Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken, überreicht anläßlich der Lohnverhandlungen am 27. Oktober 1931 in Hannover zur Neuregelung der Lohntarife:

1. Wegfall der Soziallöhne.
2. Kürzung der Löhne für Flaschenmacher, Pfleger und Schürer um 6 Proz.
   Kürzung der Löhne der Demyohnmacher um 12 Proz.
   Kürzung der Löhne der Ballonmacher um 18 Proz.
3. Alle übrigen Akkord-, Stunden- und Prämiensätze ermäßigen sich um 15 Proz.
4. Soweit Akkordsätze Verdienstmöglichkeiten von mehr als 50 RM wöchentlich nach Vornahme obiger Abzüge ergeben, sollen örtliche Verhandlungen zwecks Neufestsetzung dieser Akkordsätze stattfinden.
5. Die neuen Lohntarife gelten bis zum 31. Dezember 1931."

Als Begründung konnte man nur die augenblicklich schlechte Beschäftigung in der deutschen Flaschenindustrie anführen. Volkswirtschaftliche Gesichtspunkte oder auch arbeitsmarktpolitische Gründe konnte man nicht anführen, da die Industriellen sicher befürchten, daß sie mit solchen Argumenten ihre These auf Lohnherabsetzung bloßstellen.

Der Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken ist mit aller Deutlichkeit gesagt worden, daß man an der Verheerung in der deutschen Volkswirtschaft durch fortgesetzten Lohnabbau und der damit verbundenen Schrumpfung der Kaufkraft nicht mit verbundenen Augen länger vorübergehen darf. Nachdem mehr denn ein Jahr die Lohnabbauwelle läuft und keine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu spüren ist, im Gegenteil Verschlechterung von Tag zu Tag, müssen die Fehlerquellen woanders als am Lohn des Arbeiters gesucht werden.

Die ungeheuren Fehlinvestierungen in den einzelnen Industriegruppen, die auch jetzt durch den Schultheiß-Skandal bis an die Flaschenindustrie heranreichen, ist eine der Fehlerquellen für unsere Wirtschaft. Daneben entzieht man durch fortgesetzte Kapitalflucht der Wirtschaft das notwendige Blut. Es muß durch Abbau in den höheren Beamtenpositionen wie auch deren Gehälter zur Belebung der Wirtschaft, speziell der Flaschenindustrie, beigetragen werden.

Es ist eine Fehlspekulation, wenn man annimmt, daß durch Herabsetzung der Löhne bei dem an und für sich niedrigen Lohnanteil der deutschen Flaschenindustrie eine Ausdehnung in der Exportfähigkeit oder am Binnenmarkt eintreten kann. Bei dem heftigen Preiskampf auf dem Exportmarkt mit Preisunterschieden bis zu 50 Proz. können Lohnherabsetzungen wirklich keinen Einfluß erlangen. Es gehört dazu handelspolitische Verständigung der Industrie zum Händler. Lohnherabsetzungen können auch nicht zur Förderung des Binnenmarktes beitragen, im Gegenteil, gerade die schlechte Beschäftigungslage in der Flaschenindustrie ist auf die Schrumpfung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung zurückzuführen, da heute fast niemand mehr in der Lage ist, trotz schwerster Arbeit sich noch eine Flasche Bier leisten zu können. Daß eine bessere Binnenmarktpolitik betrieben werden muß, geht nicht nur aus den Erklärungen der Reichsregierung hervor, sondern vor allen Dingen auch aus neueren Feststellungen des Konjunkturforschungsinstituts, das wörtlich in einer der letzten Abhandlungen zum Ausdruck bringt,

„daß die Nachfrage nach Konsumgütern erheblich gesteigert werden muß. Dazu ist eine Umstellung der Wirtschaftspolitik auf Stärkung der Kaufkraft unerläßlich".

Durch Lohnabbau wird die Unruhe am Binnenmarkt fortgesetzt künstlich aufrechterhalten und hält der Handel wie auch der Konsument in Erwartung auf weiteres Eintreten von Verbilligung durch evtl. Lohnherabsetzung mit dem Kauf von Waren zurück. Wenn es richtig ist, daß Herabsetzung der Löhne zur Belebung der Industrie und zur besseren Absatzlage beitragen kann, dann müßten die deutschen Bezirke wie Schlesien und Koburg mit dem niedrigsten Lohnstandard trotz gut ausgebauter Betriebe sich vor Beschäftigung nicht retten können. Diese Bezirke haben aber wie auch unsere Konkurrenzstaaten, die Tschechoslowakei, Polen und Italien, mit niedrigstem Lohnstandard die größte Arbeitslosigkeit. Es ist demnach der Beweis erbracht, daß die Fehler für die jetzige Struktur in der Wirtschaft auf anderem Gebiete als der Lohnpolitik liegen.

Neben den Belastungen, die bereits oben erwähnt sind, ist der deutschen Industriearbeiterschaft durch Steuern das Einkommen weiter beschnitten worden, so daß es auch für die Beschäftigten in der Flaschenindustrie unmöglich ist, in weitere Lohnherabsetzungen einzuwilligen. Die sogenannte „Selbstkostensenkung" in den Betrieben muß auf anderem Gebiete gesucht werden, und zwar in Verbindung mit der Preisfrage. Bis jetzt ist das deutsche Volkseinkommen um mehr denn 10 Milliarden Reichsmark bereits gesunken, ohne daß aber die erwartete Preisherabsetzung bei Waren im gleichen Verhältnis sich bemerkbar gemacht hat. Ein deutliches Elendszeugnis für die arbeitende Bevölkerung Deutschlands liegt schon vor, indem selbst der Konsum an Nahrungsmitteln usw. in der letzten Zeit um mehr denn 10 Proz. gefallen ist. Auch die Arbeiterschaft in der Flaschenindustrie hat sich bedauerlicherweise trotz schwerster Arbeit Beschränkungen auferlegen müssen, die jetzt schon kaum tragbar sind. Aus diesem Grunde können und dürfen uns weitere Belastungen nicht zugemutet werden, und ist auch zu hoffen, daß eine Schlichterkammer die Anträge der Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken ablehnen wird.

Wie unüberlegt die Forderungen der Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken konstruiert worden sind, geht aus den Ziffern 4 und 5 der Vorschläge hervor. Nach der Ziffer 4 sollen alle Akkordsätze, soweit sie in der zentralen Lohntafel für Flaschen und Großglas nicht mitgeregelt werden, noch durch betriebliche Verhandlungen bis auf 50 RM im allgemeinen gekürzt werden. Das bedeutet, daß man in den Betrieben mit Handmaschinen, für die Spezialglasmacher in der Flaschenindustrie (wie Schenkbierflaschen, Krüge usw. und Weißhohlglas) eine allgemeine Gleichmacherei, gegen die sich die Industriellen früher immer gewandt haben, jetzt herbeiführen will. Die Laufzeit der neuen Verträge soll bis zum 31. Dezember 1931 befristet werden. Wir empfehlen der Flaschen-Vereinigung, im Anschluß an die zu erwartenden Schlichtungsverhandlungen gleich die Verhandlungen über die Neuregelung der Löhne nach dem 31. Dezember 1931 vornehmen zu lassen, damit sie bei dem allgemeinen Wettrennen auf weiteren Lohnabbau dann am Ausgang Dezember mit einer Nasenlänge vor den anderen Industriellen durchs Ziel gehen!

Die Arbeitnehmerorganisationen werden sich mit allen Mitteln gegen jede weitere geplante Verschlechterung der Lohnverhältnisse in der deutschen Flaschenindustrie zur Wehr setzen. Wir erwarten, daß die jetzigen ernsten Stunden dazu benutzt werden, um den letzten Mann in die Reihen der Organisation zu bringen, damit alle unsere Handlungen in Zukunft auf die vollkommene Geschlossenheit der Arbeiterschaft im Kampfe gegen Unrecht und Willkür sich aufbauen. Krebs.

Aufkündigung des Reichsmanteltarifvertrages für die deutsche Weißhohlglasindustrie

Vom Schutzverband Deutscher Glasfabriken erhalten wir die Mitteilung, daß er den Reichsmanteltarifvertrag mit der vorgesehenen Kündigungsfrist zum 31. Dezember 1931 aufgekündigt hat.

Forderungen zur Neuregelung des Tarifvertrages sollen uns demnächst überreicht werden. Gemäß den Beschlüssen der Reichstarifkommission für die Deutsche Weißhohlglasindustrie, die am 18. Oktober in Radeberg getagt hat, haben wir dem Schutzverband Deutscher Glasfabriken mitgeteilt, daß er mit der Aufkündigung des Reichsmanteltarifvertrages unseren Wünschen entgegengekommen ist, da wir die in den letzten Jahren zutage getretenen Härten durch Entscheidungen der Schiedsgerichte, vor allen Dingen aus den §§ 7, 8 und 11, beseitigt wissen wollen.

Neue Glasbausteine

Die gegenwärtige Baukunst, die nicht von der Lust an rhythmischen Formen, sondern vom Zweck des Bauwerks bestimmt und geleitet wird, kennzeichnet sich durch ein bisher nicht gekanntes Auftreten neuer Baukonstruktionen. Dafür sind durch ungezählte neue Baustoffe dem gestaltenden Architekten und Baumeister wertvolle Hilfsmittel an Hand gegeben worden. Unter diesen neuen Konstruktionselementen nimmt neben Beton, Stahl und Eisen auch Glas eine führende Stellung ein, ohne daß dies dem großen Publikum und selbst den Fachleuten allgemein zum Bewußtsein kommt. Denn recht häufig geht man an Häusern vorüber, deren Decken und Wände, ja selbst die Fußböden aus Glas hergestellt sind. Es bestehen auch keine technischen und konstruktiven Schwierigkeiten mehr, um Häuser ganz aus Glas zu erbauen, wie dies auch bereits verschiedentlich geschehen ist. Denn neben dem unzerbrechlichen Glas, dem Opakglas, steht als hochwertiger neuzeitlicher Baustoff von ganz besonderer Bedeutung der Glasbaustein obenan. Glasbausteine in den verschiedensten Arten und Formen gibt es schon seit einer Reihe von Jahren.

Diese Glasbausteine werden entweder als massive Steine gepreßt oder für lichtdurchlässige Mauer als Hohlglassteine geblasen. Neuerdings werden auch runde Glaskörper verwendet, die sogenannten Glasbausteine Rotalith, die den Vorzug haben, daß bei ihnen die Gefahr der inneren Spannungen geringer ist. Durch seine Form und vor allem durch die vorteilhafte Zusammensetzung seiner Glasmasse ist Rotalith höchst lichtdurchlässig. Gemessen an 10 mm starken Proben hat dieses Glas eine Lichtdurchlässigkeit von 95—98 Prozent; dabei enthält es keinerlei Entfärbungsmittel, die wohl dem Glas eine weiße Farbe geben würden, aber die Lichtdurchlässigkeit nachteilig beeinflussen. Es ist einwandfrei erwiesen, daß entfärbte Gläser in erhöhtem Maße Lichtstrahlen absorbieren und außerdem sich sehr bald rosa, gelblich, violett usw. färben, also Farbtönungen annehmen, die die Lichtdurchlässigkeit noch weiter vermindern. Die Glasmasse, womit Rotalith hergestellt wird, ist dagegen in der Farbe beständig. Auch bei Witterungseinflüssen sich oft zeigende Nachteile, wie weißer Beschlag und darauffolgendes Erblinden, kommen am Rotalith nicht vor.

Rotalith ist unerreicht widerstandsfähig, wie ausgedehnte amtlich vorgenommene Belastungsproben ergeben haben. Der Bruch einer Glaseisenbetonplatte 96×192 cm groß, berechnet für eine Nutzlast von 500 kg/qm, erfolgte erst bei einer Belastung von 5200 kg, während eine zu gleicher Zeit mit derselben Eisenarmierung und Betonmischung vollständig aus Eisenbeton hergestellte Platte gleicher Abmessungen schon bei 4800 kg zusammenbrach.

Es kann also wohl mit Recht gesagt werden, daß es sich beim Rotalith um einen Glasbaustoff handelt, der unvergleichlich vielseitig verwendbar ist. Er stellt einen bedeutsamen Fortschritt dar auf dem Wege zu einer organischen Baukunst, da durch seine Verwendung jeder Bauteil raumabschließend und doch durchscheinend gestaltet werden kann. Ohne die Konstruktion zu unterbrechen, können Kuppeln, Raumdecken, Hofüberdachungen, Kellergewölbe, Trennwände, Vorbaue, Schutzdächer auf Bahnsteigen, Garagen, Wintergärten, Schwimmhallen usw. lichtdurchlässig sein. Auch für den vornehmen Privatbau ist der Rotalith ein wertvoller Glasbaustoff. Kuppelbauten mit runden Glasbausteinen dürfte man in Deutschland vergeblich suchen. Erst die in dem Rotalithbaustein durch jahrelange Versuche erreichte große Vollendung in der Ausführung hat Wege gezeigt, die man bisher für undurchführbar gehalten hat. Es lassen sich durch verschiedene Anordnungen der Glasbetonsteine ornamentale Wirkungen von hohem künstlerischen Wert erzielen, und es bietet sich dadurch dem Architekten ein weites Feld schöpferischer Gestaltungsmöglichkeiten.

Fritz Hansen, Berlin.

Oesterreich

Bei der Firma Zivko Tvic pisar, Belgrad, Teravzigt 5, ist der Kollege Louis Möller, Funktionär des österreichischen Bruderverbandes, nach zehntägiger Beschäftigung durch Explosion beim Blasen von Neonröhren ums Leben gekommen.

Eine beantragte Entschädigung an die Hinterbliebenen lehnt die genannte „noble" Firma ab unter dem Hinweis, es melden sich immer wieder genügend ausländische, vor allem deutsche Glasbläser.

Doch nicht etwa, um in diesem „Fabrik-Eldorado" ums Leben zu kommen?

Wir warnen deutsche Glasbläser, Arbeitsannahme in Belgrad zu vollziehen. Die Branchenleitung.

Lohnverhandlungen in Leipzig

Je geringer der Warenabsatz wird, je weniger Aufträge in die Fabriken kommen, desto mehr gehen die Industriellen von sich aus her, die vorhandene Kaufkraft, die doch den Warenabsatz erst ermöglicht, durch Lohnabbau weiter einzuschränken. Die Industriellen versuchen, in der Wirtschaft den Teufel durch Beelzebub auszutreiben. Auch die Porzellanindustriellen sind von dem Wahn befallen, die nur noch ganz gering vorhandene Möglichkeit der Kaufkraft für ihre Erzeugnisse völlig zu beseitigen und den allgemeinen Lohnabbau mitzumachen. Sie bekamen bereits im Frühjahr einen tariflichen Lohnabbau von 6 Proz., kürzten Mehrlöhne und Stückpreise, wodurch ebenfalls noch ein Lohnabbau von 30—35 Proz. im Durchschnitt hinzukam. Diese horrend hohe Minderung der Löhne ist ihnen noch nicht genug, sie kündigten deshalb, wie bereits bekannt ist, den Lohntarif und stellten bei den jetzigen

Lohntarifverhandlungen in Leipzig die Forderung auf 10 Proz. Abbau der Tariflöhne.

Die Verhandlung fand am 30. Oktober im Kristallpalast statt. Von uns war die Tarifkommission vollzählig vertreten, dazu gehörten die Kollegen: Apel, Miertschke und Renninger, Charlottenburg, Karl und Großmann, Hannover, die Gauleiter Griesbach, Dresden, Hoffmann und Erdmann, Ilmenau, Frentzel, Marktredwitz, Vollbeding, Neuhaldensleben, Lisson, Waldenburg, Zimmermann, Dresden, Eich, Torgau, Eichhorn, Colditz, Meinhardt, Kahla, Bauer, Kloster Veilsdorf, Veit, Sonneberg, Popp, Schwarzenbach, Damm, Marktredwitz, Rüger, Selb, Thiem, Weiden, Engelhardt, Grünstadt-Neuleiningen.

Von den Arbeitgebern waren anwesend die Herren: Gramß, Dr. Warnke, Dr. Rock, Arndts, Dr. Richter, Furbach, Dehn, Simson, Dr. Tröster, Cronn, Untucht, Mühlinghaus, Heubach.

Die Verhandlungen wurden gleich im Beisein des Schlichterkollegiums und unter dem Vorsitz des Schlichters, Herrn Dr. Völckers, Bremen, gepflogen.

Von den Arbeitgebern sprach, wie immer, nur Dr. Warnke. Seine Ausführungen unterschieden sich wenig von denen der Vormonate. Die Begründung, die er zu der 10prozentigen Lohnabbauforderung gab, war mager. Es klang so zwischendurch, wenn alle Unternehmerorganisationen die Herabsetzung der Löhne fordern, sind wir auch dabei. Die Produktionskosten müssen aus Konkurrenzrücksichten niedriger sein. Löhne sind in den Augen der Unternehmer, das lag im Sinn seiner Ausführungen, nur Produktionsunkosten, aber nicht Kaufkraft, nicht Lebenshaltungsnotwendigkeit. Es hat gefehlt, daß er noch gesagt hätte, es wird Zeit, daß die Arbeiter bald einsehen, daß wir keine Löhne mehr bezahlen können, sie müssen uns Geld mitbringen, damit wir überhaupt noch so gnädig sind und die Betriebe etwas arbeiten lassen.

Von unserer Seite trat den Arbeitgebern Kollege Apel entgegen. Er betonte eingangs, daß nach unserer Meinung die Kündigung aus politischen Gründen vorgenommen wurde, um mit dabei zu sein, um den Anweisungen der Arbeitgebervereinigung Rechnung zu tragen. Die Kündigung habe in den Kreisen der Arbeiterschaft der feinkeramischen Industrie außerordentlichen Unwillen und große Erregung hervorgerufen. Die Arbeiter machen uns heute Vorwürfe, daß wir in anderen Zeiten gegen die Arbeitgeber viel zu human gewesen seien.

Er führte dann weiter aus: Wir bekamen ab 1. Februar einen 6prozentigen Lohnabbau. Daneben wurde in den Betrieben noch von den Stücklöhnen abgebaut und bei den Zeitlöhnern alle übertariflichen Zuschläge abgestrichen, so daß gegenwärtig nur noch die tariflichen Zeitlohnsätze gezahlt werden. Unser Beweismaterial ergibt eine durchschnittliche Höhe der Abzüge von 25—30 Proz. Es gibt kaum einen Arbeitgeber, der nicht im Betrieb abgezogen hat. Nun verlangen die Arbeitgeber in diesem Jahr den zweiten Lohnabbau, trotzdem die Arbeiter zu den nackten Tariflöhnen arbeiten. Dabei haben die Unternehmer außer dem direkten Abbau durch Kündigung der Belegschaften, durch Kündigung der Akkordsätze, durch Stillegung der Betriebe, wenn auch nur auf kurze Zeit und durch sonstigen Druck indirekten Lohnabbau getrieben und wesentliche Herabsetzung der Produktionskosten erzielt. Bei Zeitlöhnern sind die Leistungszuschläge und Mehrlöhne weggenommen und eine größere Menge Arbeit verlangt worden. Vielfach wurde die Menge vorgeschrieben, die bei Akkordarbeit erzielt wurde. Prämien fielen weg, trotzdem die Prämienbedingungen blieben.

Es wurden mehr Mädchen eingestellt und Männer entlassen, auch in Facharbeitersparten. Durch Kurzarbeit und Aussieben der schwächeren Arbeiter und Arbeiterinnen wurden die Leistungen gesteigert und die neuen Stückpreise nach den höheren Leistungen gemacht, also es gab verringerten Lohn bei größerer Leistung. Die Stücklöhne sind für Normalarbeiter viel zu niedrig. Und diese flotten und allertüchtigsten noch Beschäftigten müssen zu nackten Tariflöhnen ihre Tätigkeit verrichten.

Bei den Mantelverhandlungen wurden die §§ 13, 14, 20, 21 geändert und Lohnerleichterungen auch in dieser Weise gegeben. Im Urlaub ist das größte Unrecht eingetreten; denn nach den neuen Bestimmungen braucht nur noch selten Urlaub gegeben werden, wenn der Tarif raffiniert nach den Auslegungen der Arbeitgeber ausgenutzt wird, das habe doch sicher Herr Dr. Völckers als Schlichter nicht gewollt.

Die Porzellanarbeiterlöhne sind heute bereits auf den sprichwörtlich bekannten niederen Textilarbeiterlohnsätzen angelangt und stehen vielfach schon darunter; wenn die Forderungen der Arbeitgeber durchdringen würden, fallen sie noch viel tiefer, weil die Textilarbeitertarife zum Teil weiterlaufen. Bei den internationalen Tagungen müssen wir uns bald schämen, wenn die deutschen Löhne mit denen anderer Länder verglichen werden. Sogar bürgerliche Schriftsteller müssen anerkennen, daß in der Tschechoslowakei die Reallöhne bei geringerer Leistung über den deutschen Löhnen liegen. Das ist die Bestätigung für unsere stets gemachten Darlegungen und Hinweise. Die tschechoslowakische Konkurrenz kann deshalb nicht mehr so schlimm sein, wie es bisher die Arbeitgeber hinzustellen beliebten.

Ein Lohnabbau kann und darf aus all den Gründen nicht mehr vorgenommen werden. Wir stellen deshalb die Forderung, es bei den jetzigen Löhnen zu belassen und das Lohnabkommen weiter bestehen zu lassen.

Von unserer Seite beteiligten sich an der Aussprache noch die Kollegen Meinhardt, Griesbach, Eichhorn und Renninger, die den Unternehmern noch manche Sünden und Unterlassungen vorhielten, auf die Schädlichkeit des

Reichsmantelvertrag allgemeinverbindlich

Der Reichsmantaltarifvertrag und das Arbeitszeitabkommen für die deutsche feinkeramische Industrie sind mit Wirkung vom 1. September d. J. für allgemeinverbindlich erklärt worden. Die Entscheidung über die Allgemeinverbindlichkeitserklärung ist unter der Nummer III 1322/599 Tar. im Tarifregister des Reichsarbeitsministeriums eingetragen. Damit sind auch die Außenseiterbetriebe, die dem Arbeitgeberverband nicht angehören, vom Mantelvertrag erfaßt.

Lohnabbaues für die feinkeramische Industrie hinwiesen und den Arbeitgebern noch manche Beweise vorhielten, daß es wirklich nicht so schlimm mit den feinkeramischen Industriellen aussieht, wie es die Unternehmervertreter hinzustellen belieben. Besonders der Kollege Eichhorn, Colditz, entrollte ein Bild von den Zuständen, wie er sie in den Arbeiterwohnungen antrifft, wenn er die Kollegen besucht. Es ist schon soweit gekommen, daß Arbeitende in vier Tagen so wenig verdienen, daß sie Wohlfahrtsunterstützung in Anspruch nehmen müssen. Sie pumpen sich bei der Arbeit so stark aus, daß sie drei Tage zur Erholung und Wiedererlangung ihrer Arbeitskraft brauchen. Die Frauen werden so ausgebeutet, daß im Arbeitsamtsbezirk Colditz kaum noch Frauen zur Arbeit zu bekommen sind. Nach Abzug von Strafen, Fahrgeld und sonstigen Abzügen blieben verschiedenen Frauen nur noch 4 bzw. 6 RM Einkommen in der Woche trotz größter Anstrengung. Wer nicht pariert und sein Recht als Mensch und Arbeiter verlangt, wird in der Steingutfabrik Colditz A.-G. durch Entlassungsdrohung und Entlassung kirre gemacht. Das war ein sehr trübes Kapitel, von dem Kollege Eichhorn aus Colditz berichten mußte. Die Schuld liegt aber bei der Leitung des Werkes selbst, wenn Eichhorn keinen anderen und besseren Bericht geben konnte.

Die freien Verhandlungen führten trotz ausgiebiger Aussprache zu keinem Ergebnis. Die Unternehmer hielten hartnäckig an ihrer Forderung auf 10 Proz. Lohnsenkung fest und zeigten keinerlei Entgegenkommen.

Die vorgesehene Schlichterkammer mußte in Tätigkeit treten, und nach mehrstündigem Beraten fällte sie folgenden Schiedsspruch:

In der Lohnstreitsache zwischen dem

Arbeitgeberverband der Deutschen Feinkeramischen Industrie

einerseits und

1. **dem Keramischen Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter,**
2. **dem Berufsverband Deutscher Keramarbeiter,**
3. **dem Gewerkverein der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter (H.-D.),**
4. **dem Deutschen Metallarbeiterverband,**
5. **dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer,**
6. **dem Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

andererseits

fand in Leipzig am 30. Oktober 1931 vor einer vereinbarten Schlichtungsstelle eine Schlichtungsverhandlung statt. Die Schlichtungsstelle wurde im Einvernehmen mit beiden Parteien folgendermaßen besetzt:

Herr Staatsrat Dr. Völckers als Vorsitzender; die Herren Dr. Roß, Rechtsanwalt Arndts, Dr. Richter als Arbeitgeberbeisitzer; die Herren Gewerkschaftssekretär Karl, Gewerkschaftssekretär Miertschke, Gewerkschaftssekretär Fromm als Arbeitnehmerbeisitzer.

Nach Vortrag der Parteien zog sich die Schlichtungsstelle zur Beratung zurück. Nach eingehender Beratung wurde in Gegenwart der Parteien folgender Schiedsspruch verkündet:

1. Der Lohnvertrag, der mit Wirkung vom 1. Februar 1931 in Kraft gewesen ist, wird mit Wirkung vom 1. November 1931 verlängert mit der Maßgabe, daß von der ersten nach dem 1. November beginnenden Lohnwoche an der Ecklohn von 74,5 Reichspfennig um 4 Proz. gesenkt wird und die übrigen Löhne der Lohntafeln entsprechend errechnet werden. Dabei wird auf halbe Reichspfennige auf- und abgerundet.

Um den gleichen Prozentsatz ermäßigen sich die Effektivverdienste.

2. Diese Lohnregelung läuft auf unbestimmte Zeit und ist mit Monatsfrist zum Monatsschluß, erstmalig zum 31. Dezember 1931, kündbar.

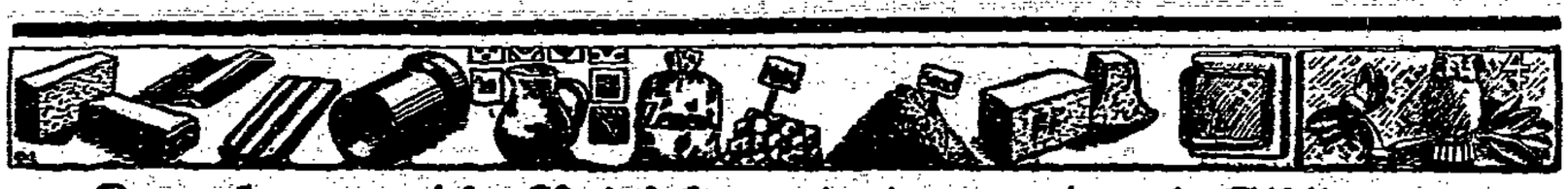
Der Vorsitzende setzte den Parteien eine Erklärungsfrist bis Dienstag, den 3. November 1931, abends 6 Uhr. Die Erklärung ist gegenüber dem Vorsitzenden der vereinbarten Schlichtungsstelle abzugeben. (Bremen, Stintbrücke 5.)

gez. Dr. Völckers.

Die Verhandlungen haben wieder einmal gezeigt, daß die Porzellanfabrikanten alle bestehenden Wirtschaftsschwierigkeiten auf die Arbeiterschaft abwälzen wollen. Wenn alle Unternehmer in Deutschland dazu übergehen, wird bald kein Arbeiter mehr Porzellan kaufen können. Die Unternehmer vernichten also selbst die Kaufmöglichkeit breitester Schichten. Aber eines trat bei diesen Verhandlungen wieder einmal deutlich in Erscheinung: Wenn gegenwärtig die gewerkschaftlichen Organisationen für die Porzellanarbeiterschaft, der Keramische Bund im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, nicht wären, dann würden die Unternehmer wohl kaum noch Löhne bezahlen. Sie könnten dann ihre Forderungen einfach in den Betrieben durchsetzen. Einige nicht organisierte Werke zahlen ja schon nach den Wünschen der Betriebsinhaber und geben ihrer Arbeiterschaft nur Bettelpfennige als Lohn. So mancher Arbeiter und manche Arbeiterin, die auf Organisationsschutz verzichten, gehen mit 4—8 RM Wochenlohn aus den Betrieben, und die Fabrikanten haben bei ihnen ihr Lohnideal schon erreicht. Dahin darf es aber nicht kommen, deshalb ist der Eintritt in den Verband eine Notwendigkeit. Nur die Gewerkschaft setzt den Unternehmern noch Widerstand entgegen und rettet den Arbeitern noch Lohnteile. Wenn die Porzellanarbeiterschaft diese 4 Proz. Lohnabbau hinnehmen muß, dann muß sie immer daran denken, daß dies der Wille ihrer Fabrikanten ist, die damit zwei Fünftel ihrer Forderung durchsetzten, die aber fünf Fünftel und mehr durchgesetzt hätten, wenn die Gewerkschaft nicht gewesen wäre. Der Unwille der Porzellanarbeiterschaft über diese Lohnsenkung muß sich allein gegen die Fabrikanten richten, die kein Verständnis mehr für die Lage der Arbeiter haben und die unersättlich sind, wenn sie sich am Lohnkonto für all ihre eigenen Sünden schadlos halten. E. N.

Karl Wußmann †

In Sorau wurde in der letzten Oktoberwoche Kollege Karl Wußmann, Porzellanmaler und zuletzt Textilarbeiter, zu Grabe getragen. Mit ihm schied ein pflichttreuer, eifriger und zielbewußter Kollege von uns. Er wurde nur fünfzig Jahre alt und erlag einem Leberleiden. Wußmann arbeitete in Sorau, Weißwasser, Zwickau, Stadtlengsfeld, Sörnewitz und Schorndorf. Er war öfter Zahlstellenfunktionär; in Sorau dann Zahlstellenvorsitzender, Betriebs- und Arbeiterratsvorsitzender. Nach der Scheinstillegung 1923 wurde er nicht mehr eingestellt und mußte in einer Textilfabrik tätig sein. Neben seiner Gewerkschaftsarbeit leistete er auch der Partei seit 1924 treue Dienste als sozialdemokratischer Stadtverordneter und auch wertvolle Mitarbeit in den proletarischen Kulturorganisationen. Er tat also in vollstem Maße seine Pflicht. Die Porzellanarbeiterschaft wird ihres Kollegen Wußmann stets gedenken. Ehre seinem Andenken!



Kampf gegen die Betriebsvertretungen durch Stillegung

Die Schlesische Kalk-Industrie A.-G., die sehr eng mit der Oberschlesischen Zement-Industrie liiert ist, führt schon seit Jahren einen erbitterten Kampf gegen die freien Gewerkschaften. Durch allerlei Schikanen haben die Zementbarone, die meist dieselben Herren wie in der Kalk-Industrie sind, die Arbeiterschaft in die von ihnen — bewußt oder unbewußt spielt dabei keine Rolle — geförderten gelben Gewerkschaften gepreßt. Durch Stillegungen, wenn man auf friedliche Weise nicht zum Ziele gelangte, hat man die Belegschaften mürbe zu machen versucht und hatte selbstverständlich bei den ohnehin, auch bei voller Beschäftigung, schlecht bezahlten Zement- und Kalkarbeitern Oberschlesiens ein leichtes Spiel. Zweck bei den Zement- und Kalkbaronen war natürlich von den mit dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands abgeschlossenen Tarifverträgen loszukommen. Bei der Oberschlesischen Zement-Industrie ist den Scharfmachern dieser Plan gelungen. Die Zementarbeiterschaft, eingeschüchtert durch die fortwährenden Stillegungen und sonstigen Schikanen bei Wiedereröffnung der Betriebe, hat sich den wenn auch nicht immer ausgesprochenen Wünschen der Unternehmer gefügt und ist zum größten Teil Mitglied der gelben Werkvereine geworden. Das was den Zementbaronen bei der Zementarbeiterschaft fast restlos geglückt war, glauben die oberschlesischen Kalkbarone bei den Kalkarbeitern auch machen zu können. Auch in der Kalk-Industrie geht man, um mißliebige Leute loszuwerden, mit Stillegungen vor.

Welche Gründe die Herrschaften in der Schlesischen Kalk-Industrie A.-G. angeben, um ihre Maßnahmen zu rechtfertigen, kann man aus einer Notiz, die vor einigen Tagen in der Oberschlesischen Presse erschien, ersehen.

In der Notiz wurde mitgeteilt, daß jetzt, nachdem [illegible] kürzlich das Werk Gorazdze stillgelegt ist und 75 A[illegible] zur Entlassung kamen, die Schlesische Kalk-Industrie A.-G. die Absicht hat, auch noch die Werke Schimmischow und Groß-Strehlitz stillzulegen. Daß auch das Werk [illegible]-Strehlitz stillgelegt werden soll, wird in der Oeffe[illegible] und bei der Belegschaft sehr skeptisch aufgenommen. Das Werk hatte bis jetzt den größten Anteil an der Gesamtlieferungsquote. Es war da in der letzten Zeit der [illegible], daß ein [illegible] nicht feierte, während an einzelnen Tagen Ueberstunden gemacht werden mußten, um die anfallende Lieferung zu ermöglichen.

Ueber die Gründe, die die Stillegung rechtfertigen sollen, sind verschiedene Gerüchte in Umlauf. Der Maschinenmeister des Werkes, wahrscheinlich durch die Werksleitung inspiriert, hetzt die Belegschaft gegen die gesetzliche Betriebsvertretung auf und erklärt, daß an der Stillegung die Betriebsvertretung schuld sei.

Die Dinge liegen aber folgendermaßen: Am 22. Mai d. J. wurde der Betrieb eingeschränkt und dabei auch dem Betriebsratsvorsitzenden und einem Arbeiterratsmitglied gekündigt.

Die vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands beim Arbeitsgericht angestrengte Klage hatte den Erfolg, daß durch Urteil die Kündigung der beiden als rechtsunwirksam erklärt wurde. Die Firma stellte daraufhin beim Arbeitsgericht den Antrag auf Ersatzzustimmung, da einer erneuten Kündigung der beiden von der Betriebsvertretung die Zustimmung versagt wurde. Auch damit hatte die Firma keinen Erfolg. Das Arbeitsgericht versagte die Zustimmung. Die beiden Betriebsvertretungsmitglieder hatten sich durch erfolgreiche Vertretung der Belegschaft gegenüber der Betriebsleitung mißliebig gemacht, und deswegen wollte sie die beiden los sein.

Weil sie nun bisher keinen Erfolg nach dieser Richtung hatte, glaubt sie wahrscheinlich, jetzt durch die Stillegung die ihr nicht genehmen Betriebsratsmitglieder loszuwerden.

Ganz soll auch diesmal der Betrieb nicht stillgelegt werden, sondern nur ein großer Teil. Darunter befindet sich ausgerechnet der Steinbruch, in dem gerade die beiden Betriebsratsmitglieder beschäftigt sind.

Dem Herrn Demobilmachungskommissar sind die nötigen Unterlagen unterbreitet, um ihn zu veranlassen, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit die Schlesische Kalk-Industrie A.-G. die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse nicht dazu ausnutzt, um den Betriebsrätesschutz durch die Stillegung des Werkes zu durchbrechen.

Bei Stillegung des Werkes kommen wieder 100 Mann zur Entlassung. 30 Mann sollten zur Produktion einer bestimmten Sorte Kalk im Betriebe verbleiben.

Die Firma hat ihren Antrag mit mangelnden Absatzmöglichkeiten begründet. Doch wann ist je eine Firma, wenn sie einen bestimmten Zweck erreichen wollte, um Gründe verlegen gewesen.

Die Fa. Schlesische Kalk-Industrie A.-G. glaubt wahrscheinlich, wenn sie die im Interesse der Belegschaft bisher tätigen Betriebsratsmitglieder loswird, desto besser mit der Belegschaft umspringen zu können, und daß ihr diese dann besser gefügig sei. Die oberschlesischen Kalkarbeiter können aber aus den bisherigen Machenschaften der Firma ersehen, wohin der Weg gehen soll. Die Betriebsvertretungen, die noch einigermaßen Rückgrat haben, sollen beseitigt werden, damit die übrige Belegschaft völlig schutzlos der Unternehmerwillkür ausgeliefert ist. Bisher ist es doch in vielen Fällen auch in Oberschlesien so gewesen, daß Betriebe, um einen bestimmten Zweck zu erreichen, von den Unternehmern geschlossen und nach kurzer Zeit wieder geöffnet wurden. Wollen die oberschlesischen Kalkarbeiter nicht, daß mit ihnen und mit ihren Rechten von seiten der Unternehmer Schindluder gespielt wird, so müßten sie sich Mann für Mann ihrer gewerkschaftlichen Organisation, dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, anschließen. Nur eine starke gewerkschaftliche Organisation vermag auch der Willkür der Unternehmer eine wirksame Schranke entgegenzusetzen.

Tarifkündigung der Kölner feuerfesten Industrie

Der Arbeitgeberverband der feuerfesten Industrie hat den Gewerkschaften erneut den Lohntarifvertrag zum 1. Oktober gekündigt. In dem Schreiben wird auf die schwere wirtschaftliche Lage in den Betrieben hingewiesen. Aber so schwer wie die Arbeitgeber um ihre Existenz kämpfen, bedeutend schwerer ist die Lage für die Arbeiterschaft. Neben einer ausgedehnten Kurzarbeit, Lohn- und Akkordreduzierungen, hat man unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse die höchsten Leistungen aus der Arbeiterschaft herausgeholt.

Zum dritten Male versucht der Arbeitgeberverband sich durch Lohnsenkungen die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu erhalten. Bei der ersten Lohnherabsetzung mußten die Arbeiter 5 Prozent von ihren Löhnen ablassen. Bei dem zweiten Versuch der Arbeitgeber im August d. J. hat das Bezirksschiedsgericht die Lohnsenkungsmaßnahmen der Arbeitgeber abgelehnt. Wie es nun beim dritten Versuch gehen wird, kann heute nicht gesagt werden. Aber allem Anschein nach wollen die Arbeitgeber aufs Ganze gehen. Man hat auch durch eine Bekanntmachung in den Betrieben alle Akkordverträge und den Einzelvertrag bezüglich der Kündigung zum 3. November aufgekündigt. Die Bekanntmachung hat folgenden Wortlaut:

Bekanntmachung!

Der für unseren Betrieb geltende Lohntarif ist zum 31. Oktober d. J. gekündigt. Zwecks Neuregelung der Akkorde und Löhne kündigen wir daher hiermit die Einzelarbeitsverträge ebenfalls zum 31. Oktober 1931 bzw. denjenigen Arbeitern, die 14tägige Kündigung haben, zum Dienstag, dem 3. November 1931.

Diese Bekanntmachung war Gegenstand einer Vertrauensmännersitzung der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften, wo beschlossen wurde, jeder Firma das nachstehende Schreiben zur Kenntnis zu bringen:

„Der Arbeiterrat hat sich mit der ausgehängten Bekanntmachung vom 20. d. M. beschäftigt und teilen Ihnen mit, daß wir nach Abschluß des gekündigten Lohntarifes bereit sind, über die Akkordtarife in den einzelnen Abteilungen in Verhandlungen einzutreten.

Sollten die Verhandlungen bis zum 1. bzw. bis zum 3. November noch nicht erledigt sein, was wir kaum annehmen dürften, so nehmen wir als selbstverständlich an, daß genau wie in der Vergangenheit bis zum Abschluß des neuen Lohntarifes, die jetzt geltenden Akkordtarife sowie die bisherigen Stundenlöhne in der bisherigen Höhe weitergezahlt werden.

Wir haben unsere Gewerkschaft aufgefordert, die Verhandlungen zu beschleunigen, was uns auch in aller Form zugesagt worden ist. Es liegt daher auch an Ihnen, wenn Sie in derselben Weise wie wir auf den Arbeitgeberverband einwirken, daß auch er sich sofort zu Verhandlungen bereiterklärt.

Hochachtungsvoll!"

Der Direktor einer Fabrik hatte die Kühnheit, die Gewerkschaften dafür verantwortlich zu machen, daß die Verhandlungen sich so lange hingezogen hätten. Wir haben daran keine Schuld, aber es scheint, daß ganz andere Motive beim Arbeitgeberverband vorhanden sind, die darauf schließen lassen, daß man mit Absicht den Tarifvertrag ablaufen lassen will, um dann um so leichter die Arbeitsbedingungen diktieren zu können. Die Vertrauensmännersitzung beschloß, die nachstehenden Forderungen dem Arbeitgeberverbande zu unterbreiten:

1. Das zur Zeit geltende Lohnabkommen wird bis zum 1. Juli 1932 mit nachstehenden Aenderungen verlängert:
   a) Die Maschinisten und Heizer erhalten die Handwerkerlöhne;
   b) die dauernd im Tagelohn beschäftigten Hilfsarbeiter erhalten zu ihrem tariflichen Stundenlohn einen Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde;
   c) die Arbeitszeit der Brenner beträgt acht Stunden. Ein zeitgemäßer Lohnausgleich wird gewährt.

An der gesamten Arbeiterschaft liegt es, diese Forderungen restlos zu unterstützen. Wer noch unorganisiert ist, der schließe sich sofort dem Keramischen Bunde als Mitglied an.

P. Hertwig.

An die Berichterstatter!

Ueber Jubilarfeiern, Zahlstellenjubiläen, Stiftungsfeste und ähnliche Veranstaltungen muß man an das Verbandsblatt anders berichten als an das örtliche oder bezirkliche Parteiblatt. In einer schweren Notzeit kann und darf eine Gewerkschaftszeitung keine Vergnügungsberichte bringen, sondern sie muß über die Veranstaltung als gewerkschaftliches Ereignis berichten. Im Laufe eines 30—40jährigen Bestehens einer Zahlstelle müssen sich doch gewerkschaftliche Begebenheiten abgespielt haben, muß doch gearbeitet und gekämpft worden sein. Die Arbeit, die Kämpfe, die Mühe und das Wirken werden ja bei einer Feier gewürdigt. Deshalb sollte ein Jubiläumsbericht in der Hauptsache nicht die Beschreibung der Feier, sondern die Daten und Verhältnisse, die zur Feier Anlaß gaben, enthalten. Die Gewerkschaftswelt legt keinen Wert darauf, zu wissen, daß der Arbeitergesangverein „Ich warte dein" sang, daß Kollegin Müller einen Prolog sprach, daß Kollege Schulze einen Vortrag hielt, sondern sie ist daran interessiert, was die Zahlstelle, die Jubilare für Gewerkschaftsarbeit, für Kulturarbeit geleistet haben, was ihr gewerkschaftliches Wirken für eine Bedeutung hatte und was erreicht und erzielt worden ist. Dabei können auch die Namen der Jubilare genannt werden, wenn es nicht zuviel sind. Wir können doch stolz sein auf unsere gewerkschaftliche Arbeit, warum sollen wir da nicht bei festlichen Gelegenheiten von ihren Erfolgen berichten. Also würdigt die geschichtlichen Ereignisse im Verbandsleben auch in den Verbandsorganen, aber schickt keine Berichte mit einer Schilderung über den Verlauf eines Vergnügens.

Die Redaktion „Keramischer Bund".

Dresden, Quartalsversammlung

In der Quartalsversammlung der Zahlstelle Dresden am 23. Oktober erwähnte Kollege Grafe u. a. in dem Geschäfts- und Kassenbericht, daß im September 1931 vom Fabrikarbeiterverband von 100 Mitgliedern 23,9 arbeitslos und 22,3 Kurzarbeiter waren; von den Gruppen des Keramischen Bundes waren von 100 Mitgliedern 46,8 arbeitslos und 16,6 Kurzarbeiter. Insgesamt waren arbeitslos und arbeiteten kurz: vom Fabrikarbeiterverband pro 100 Mitglieder

56,2, von den Gruppen des Keramischen Bundes pro 100 Mitglieder 68,4.

Im Gaugebiet Sachsen sind von 57 000 Mitgliedern 32 000 arbeitslos oder Kurzarbeiter.

Wenn es uns im Jahre 1930 noch gelungen ist, Lohnerhöhungen zu erreichen, waren doch bei den Verhandlungen ein stärkerer Widerstand der Arbeitgeber und zukünftige Abbauabsichten zu erkennen. Bei den ununterbrochenen Stillegungen kann man sich kaum des Eindrucks erwehren, als ob die Unternehmer nur darauf ausgingen, die Kampfkraft der Arbeiterschaft zu zerschlagen.

Die Arbeiterschaft der sächsischen Papierindustrie erlitt im Januar einen Lohnabbau von 7,3 Proz. und vor kurzer Zeit einen solchen von 4 Proz. Eine Urabstimmung in den Betrieben ergab trotz verhältnismäßig guter Beschäftigung vier Fünftel der Stimmen für Annahme des Schiedsspruches. Schuld an diesem schlechten Ergebnis trägt die starke Zersplitterung der Papierarbeiter.

In der chemischen Industrie erfolgte im März ein Abbau des tariflichen Stundenlohnes von 87 Pf. auf 82,5 Pf.

In der Seifenindustrie erfolgte ein Abbau des tariflichen Stundenlohnes von 89 Pf. auf 85 Pf. Dieser Lohnvertrag ist zur Zeit gekündigt.

Die feinkeramische Industrie erlitt im Januar einen Abbau von 6 Proz. Trotzdem der Lohn für den sonstigen Arbeiter in der Lohnklasse A zur Zeit nur 70,5 Pf. beträgt, ist der Vertrag erneut gekündigt.

Die verschiedenen Gruppen der Glasindustrie haben Lohnabbau von 3—8 Proz. zu verzeichnen.

Die Ziegelindustrie liefert ein Schulbeispiel dafür, wie es der Arbeiterschaft bei tariflosem Zustand gehen kann. Die Arbeitgeber haben teilweise nur 60 Pf. Stundenlohn gezahlt, und der unter monatelangen Schwierigkeiten zustandegekommene Stundenlohn von 82 Pf. bedeutet geradezu eine Erleichterung für die Kollegen.

In der Kalkindustrie ist der Vertrag gekündigt, die Unternehmer fordern 67 Pf. Stundenlohn.

Trostlos ist das Verhalten der Kollegen in der Konservenindustrie. Trotz bestehender Verträge haben wir den Beweis für 83stündige Arbeitszeit ohne Zuschläge, und die Bezahlung ist 15 Pf. unter Tarif.

In der Betonindustrie ist der Mantelvertrag gekündigt, die Forderungen der Unternehmer lassen das Schlimmste befürchten.

Die Häufungen der Entlassungen bedingen eine große Zahl von Arbeitsgerichtsstreitigkeiten. Dabei sind, wie an Beispielen erwiesen, recht schöne Erfolge zu verzeichnen. Leider muß damit gerechnet werden, daß ein Teil der vor den Arbeitsgerichten erzielten Erfolge vor dem Landesarbeitsgericht verlorengehen. In der letzten Zeit gehen die Unternehmer offen zum Kampf gegen Betriebsräte über.

Um Entlassungen zu vermeiden, wird versucht, die Arbeitszeit zu verkürzen. Die Belegschaften von einer ganzen Anzahl größerer Betriebe haben solche Solidaritätsbeweise gebracht. Die RGO.-Betriebsräte der „Thodeschen Papierfabrik" stellen die Lohnausgleichforderungen in den Vordergrund und überantworten damit ihre Mitkollegen der Arbeitslosigkeit und dem Elend. Das ist auch eine revolutionäre Tat.

Der Kassenbericht liegt gedruckt vor, und es wird darauf verwiesen. Einige Beispiele des Referenten geben ein anschauliches Bild vom Sinken der Einnahmen und Steigen der Ausgaben. Ständig im Steigen begriffen ist die Zahl der Invaliden. 16 700 RM pro Quartal beträgt die Invalidenrentensumme.

Trotz der großen Erwerbslosenzahl, die mit 4000 Mitgliedern angenommen wird, und den beschränkten Mitteln hat die Verwaltung beschlossen, eine kleine Weihnachtsunterstützung an ihre ausgesteuerten Mitglieder zu gewähren.

Ueber den ausführlichen Bericht wurde eine Debatte nicht gewünscht.

Auf Antrag wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Unter Verbandsangelegenheiten wird auf die Ausschreibung von Kursen im Schulheim Wennigsen und auf den gewerkschaftlichen Frauenabend aufmerksam gemacht.

Mit einem Appell an alle Mitglieder, trotz der Not die Reihen der Organisation zu stärken, um für zukünftige Kämpfe gerüstet zu sein, schloß der Kollege Mittag die Versammlung.

Rich. Zimmermann.

Danzig, Hilfskassiererkonferenz

Am 18. Oktober fand in Danzig eine Hilfskassiererkonferenz mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Wirtschaftskrise im Fabrikarbeiterverband und die Auswirkungen auf die Kassenverhältnisse. 2. Berichte der Hilfskassierer. Die Leitung der Konferenz lag in den Händen des 1. Bevollmächtigten, des Kollegen Petrowski, der nach Begrüßung der Teilnehmer die Konferenz eröffnete.

Zum 1. Tagesordnungspunkt sprach die Zahlstellenkassiererin Kollegin Wollermann, die einleitend auf die bestehende Wirtschaftskrise einging und zur Feststellung gelangte, daß es sich um keine deutsche und europäische, sondern um eine Weltwirtschaftskrise handele. Sie stellte die Ursachen fest, streifte das Wesen des Monopolkapitalismus, wies an Hand von Zahlen die ungeheure Steigerung der Erwerbslosenziffer auf, die sich auch in unserer Organisation immer stärker bemerkbar macht. Es fielen im Krisenjahr 1926 auf 100 Mitglieder 16 Arbeitslose, dagegen im April 1931 bereits 32,7, wozu noch 17 Proz. der Mitglieder verkürzt arbeiten, so daß die Hälfte der Gesamtmitgliedschaft kein geregeltes und ausreichendes Einkommen hat. Die Kollegin Wollermann zeigte die durch die Mindereinnahmen entstehenden Kassenmißstände auf, wobei die erhöhte Inanspruchnahme der Unterstützungen berücksichtigt werden muß. Aus den Abrechnungen der Zahlstelle Danzig allein ist ersichtlich, daß fast 50 Proz. des gesamten Markenumsatzes aus 10-Pf.-Beiträgen besteht, welche Tatsache den Funktionären und der Mitgliedschaft zeigen müßte, wie schwierig es ist, gesunde Kassenverhältnisse zu schaffen. Nachdem die Kollegin Wollermann den Rückgang der Beschäftigung in den einzelnen Fachgruppen des Verbandes aufgezeigt, die Taktik der Arbeitgeber zur Ueberwindung der Krise klargelegt, die Stellung der christlichen Gewerkschaften zum Lohnabbau aufgedeckt und die erfolgreiche Tätigkeit unserer Organisation in Fragen des Kampfes gegen den Lohnabbau und die Verschlechterungsbestrebungen der Arbeitgeber durch Sach- und Zahlenmaterial entwickelt hatte, betonte sie die ungeheure Notwendigkeit der Einigkeit der Arbeiterklasse und des Ausbaues der Organisation. Möglich ist dies nur mit Hilfe der Funktionäre, durch ständige intensive Kleinarbeit, die besonders die Hilfskassierer leisten müssen, die heute immer noch das Fundament einer jeden Organisation bilden. Darauf ging die Kollegin Wollermann auf die kassentechnische Arbeit der Hilfskassierer ein, machte Vorschläge zur sparsamsten, schnellsten und rationellsten Bewältigung der Arbeit und sagte zum Schluß ihrer Ausführungen, daß alle Funktionäre sich durch Rückschläge nicht entmutigen lassen dürfen, sondern stets des Lehrsatzes von Karl Marx eingedenk sein müssen, daß auch heute noch die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann.

In der anschließenden Diskussion und dem gleichzeitigen 2. Punkt der Tagesordnung sprachen der Kollege Prybusch, der Gauleiter, Kollege Vogel, der in längeren Ausführungen den Vortrag der Kollegin Wollermann ergänzte, dann die Kollegen Grunwald, Großmann, Linack, Cherreck, Stellmach, Hannemann, Marcienkewitz. Viele Hilfskassierer brachten die Schwierigkeit des Kassierens zum Ausdruck, die besonders in den Landorten viel Mühe und Arbeit verlangt. Erhalten die Erwerbslosen die Unterstützung zum größten Teil doch nur in Naturalien, wodurch es sehr schwerfällt, den 10-Pf.-Beitrag pro Woche zu erhalten und die Entmutigten und Verzweifelten immer wieder von der Notwendigkeit des Verbandes zu überzeugen. Bei allen kam aber auch der Wille zum Ausdruck, weiter zur Stärkung der Organisation mitzuarbeiten.

Im Schlußwort sagte die Kollegin Wollermann, daß die freie Gewerkschaftsbewegung nicht nur Gegenwartsforderungen erkämpfen will, sondern sich als höchstes Ziel gemeinsam mit der SPD. die Abschaffung des Privateigentums, die Aufrichtung der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gesetzt hat. Und dieses Ziel, das der Arbeiterschaft nicht wie die gebratenen Tauben in den Mund fliegt, sondern das auch mit in härtester Kleinarbeit erreicht sein will, muß uns auch immer wieder anfeuern, allen Schwierigkeiten zum Trotz weiterzukämpfen, muß den Stolz in uns erhöhen, daß wir zu jener Klasse gehören, die die weltgeschichtliche Aufgabe hat, die gesamte Menschheit aus der kapitalistischen Knechtschaft zu befreien.

Nach dem Schlußwort des Kollegen Petrowski war die gut besuchte Konferenz beendet.

R. W.

Verbandsnachrichten

Der Kollege Kurt Loan

aus Wiesau wird gebeten, seinen Eltern Nachricht zukommen zu lassen. Wenn Kollegen seinen Aufenthalt kennen oder ihn bei der Durchreise kennengelernt haben, so werden sie gebeten, Nachricht an die Ortsgruppe Wiesau zu geben, und zwar an Alfons Reimann, Wiesau, Kreis Sagan, Jahnstr. 98.

Ausschlüsse

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 14, Ziff. 8a, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Verbandsstatuts, die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle: **Eisenberg i. Thüringen:** Richard Ziegler, Buch-Nr. 2512, Karl Panzer, Buch-Nummer 92 690, Rud. Meißner, Buch-Nr. 857 283. — **Flensburg:** Jonas Christensen, Buch-Nr. 101 519. — **Ratzeburg:** Rud. Akkermann, Buch-Nr. 1 031 263. — **Freiberg i. Sa.:** Karl Schweigler, Buch-Nr. 835 199.

Kolleginnen! Stärkt die Abwehrfront!

Immer wieder werden wir in diesem Notwinter die Fragen der Kolleginnen beantworten müssen, die da lauten: „Was soll denn werden?" „Wer tritt für uns ein?" „Kann es uns denn noch schlechter gehen?" So und ähnlich werden besonders jene Kolleginnen und Kollegen fragen, die bisher zu wenig über die Bedeutung der Solidarität und der Arbeiterbewegung nachdachten. In sehr engem Zusammenhang steht das Arbeiterinnenschicksal mit dem Gewerkschaftskampf. Darum ist Aufklärung so nötig. Wir dürfen nicht erlahmen bei dieser Arbeit. Bei der gerade in Notzeiten so wichtigen Werbekampagne, mit der auch die diesjährige Herbst- und Winteragitation unseres Verbandes eingeleitet wurde, muß alles versucht werden, besonders die unorganisierten Arbeiterinnen zu gewinnen. Es darf nicht länger so bleiben, daß immer ein so großer Prozentsatz unserer Arbeitskolleginnen abseits steht. In der jetzigen Zeit der Krise sollten vornehmlich alle noch in Arbeit stehenden Kollegen und Kolleginnen erkennen, daß es nichts anderes geben kann, als rüsten und sammeln zum Kampf um eine bessere Welt. Es ist übergenug der Schikanen und Demütigungen, die das arbeitende Volk über sich ergehen lassen mußte. Abbau der Löhne und der Sozialversicherung, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, — und jetzt will man auch noch das Tarifrecht beseitigen. Und das Betriebsräterecht ist der Reaktion schon längst zuwider. Es soll ebenfalls der Arbeiterschaft genommen werden. Stellen wir uns vor, die Arbeiterschaft wäre der Unternehmerwillkür schon ganz ausgeliefert, ohne Lohn- und Arbeitstarif, ohne Betriebsrat, ohne Sozialversicherung, überhaupt ohne Arbeiterrechte — d. h. ohne Gewerkschaften. Nun freilich, das wäre das Ideal der Kapitalisten und aller Arbeiterfeinde. Das wäre das „Dritte Reich", und das wäre die Zeit der finstersten Barbarei, der schändbarsten Reaktion, die wir alle nicht wollen.

Wenn die vereinigten Unternehmerverbände glaubhaft zu machen vermögen, daß durch die Erfüllung ihrer Forderungen die Krise früher beseitigt werden könnte, so sollten auch die Arbeiterinnen als die Leidtragenden schon wissen, daß sie dadurch nur verschärft wird, weil die Massenkaufkraft immer weiter sinken muß. Die Arbeiterschaft kann aber die unerhörten Provokationen der Unternehmer damit quittieren, daß sie sich vielmehr um ihr Schicksal kümmert und die Gewerkschaften stärkt, denn nur eine organisierte Arbeiterschaft ist fähig und in der Lage, die unsinnigen reaktionären Forderungen abzuwehren. Und gerade die Arbeiterin hat es nötig, ihre Rechte zu verteidigen. Sie ist die begehrteste Arbeitskraft. Wo es sich nur irgendwie ermöglichen läßt, werden statt männlicher Arbeitskräfte die weiblichen bevorzugt. Die Unternehmer müssen doch „sparen", und da die Frau billiger und trotzdem so gut und „zuverlässig" arbeitet als der Mann, hat sie größere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Da ist selten eine Last zu schwer oder eine Maschine zu kompliziert, als daß Frauen nicht daran beschäftigt würden. Im Kriege war es ja schon so. In den Großbetrieben der Chemie und Metallindustrie, in den Kohlengruben, auf Bauten, in den öffentlichen Betrieben, überall herrschte die Arbeit der Frauen vor. Aber damals wie heute ergaben sich auch die Folgen und Schattenseiten zwangsläufig. Das kapitalistische System mußte ohne Frauenarbeit zugrunde gehen, und dabei ist es jetzt schon so krank, und sind seine „Erholungskuren" so widersinnig, daß an volle Gesundung nicht mehr zu denken ist.

Die Not der Zeit zwingt die Frau auf der ganzen Linie und meist gegen ihren Wunsch zur Arbeit. Oft ist sie die einzige Ernährerin der Familie. Bleibt ihr da noch die Wahl, welche Arbeit sie verrichten möchte? O nein! Es ist vielmehr so, daß sie notgedrungen jede sich bietende Gelegenheit, Arbeit zu bekommen oder zu behalten, ausnützt und eben auch vor schwerer gesundheitsschädigender Arbeit nicht zurückschreckt. Das trifft für verheiratete Frauen sowohl als auch für unverheiratete Frauen zu. Es kann drum auch nur einen einheitlichen Abwehrkampf geben. Dieser muß zusammen mit den Gewerkschaftskollegen als Klassenkampf überall da geführt werden, wo die gesellschaftsfeindlichen Maßnahmen und Anschläge der Kapitalistenklasse uns und unsere Kinder bedrohen. Nach einem Worte von Karl Marx ist der Kapitalismus aus allen Poren blut- und schmutztriefend zur Welt gekommen. So ist er auch innerlich krank geblieben. Jetzt aber haben im Rahmen der internationalen Arbeiterbewegung die Arbeiterinnen der ganzen Welt mit einem kranken und faulen System zu richten, das Millionen und aber Millionen Menschen ruiniert und alle wirtschaftliche Vernunft verloren hat. Müssen wir da nicht immer wieder an das Millionenheer der Arbeiterfrauen, an die arbeitenden wie auch arbeitslosen Kolleginnen denken? Ohne die Kolleginnen und die Masse der Arbeiterfrauen kann die menschenwürdige Gesellschaftsordnung aber nicht so leicht erkämpft und gestaltet werden. Und hier zeigt sich, wie die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse ebenso schicksalhaft wie der Arbeiter mit der Arbeiterbewegung verbunden sind.

Drum Kolleginnen, stärkt die Abwehrfront! Verdoppelt die Zahl der organisierten Kolleginnen! Damit verschafft ihr dem Verbande und der gesamten Arbeiterschaft eine Schlag- und Abwehrkraft, die nötig ist, die wirtschaftlich und politisch schwere Zeit zu überwinden und besonders das Schicksal der Fabrikarbeiterinnen günstiger und aktiver zu beeinflussen.

Anna Zammert.

Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände

fordert eine ausreichende Hilfe für erwerbslose Jugendliche

Am 21. Oktober hielt der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände, die Spitzenorganisation der deutschen Jugendverbände aller Richtungen, in Berlin eine stark besuchte Hauptversammlung ab, die sich vor allem mit den Hilfsmaßnahmen für erwerbslose Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren beschäftigte. Nach einem einleitenden Referate des Geschäftsführers des Reichsausschusses, Hermann Maaß, verdichtete sich die rege Aussprache zu einer von den Verbandsvertretern aller Richtungen einstimmig angenommenen Entschließung.

Angesichts des wachsenden Umfangs der Erwerbslosigkeit unter den Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren und der hieraus folgenden persönlichen und beruflichen Not ist der Reichsausschuß überzeugt, „daß eine Aenderung des Notstandes nur durch Arbeitsbeschaffung zu erreichen ist. Ein Mittel sieht er in der Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit für Jugendliche, um erwerbslosen Jugendlichen neue Arbeitsplätze zu verschaffen". Mit Rücksicht darauf, „daß in weitem Umfange Jugendliche nach Beendigung ihrer Lehre sofort entlassen und erwerbslos werden", fordert er, „daß jeder Lehrherr zu verpflichten ist, die von ihm ausgebildeten Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit mindestens 8 Monate lang in seinem Betriebe als Gesellen und Gehilfen weiter zu beschäftigen".

„Die Notwendigkeit allgemeiner Sparsamkeit, besonders in der Verwendung öffentlicher Mittel, darf nicht dazu führen, daß in falsch verstandener und kurzsichtiger Sparsamkeit die zur Durchführung der Hilfsmaßnahmen benötigten Mittel in einer Weise gekürzt oder zum Teil gänzlich gestrichen werden, die der auch staatspolitisch nicht zu leugnenden Aufgabe und sittlichen Pflicht nicht mehr gerecht wird, Arbeits- und Lebenskraft der erwerbslosen Jugendlichen zu erhalten und diese vor Verfehlungen zu bewahren.

Der Reichsausschuß fordert, daß neben den Mitteln, die die Reichsregierung für die berufliche Schulung erwerbsloser Jugendlicher bereitgestellt hat, dem Reichsministerium des Innern für die Zwecke der Jugendpflege und Volksbildung an erwerbslosen Jugendlichen durch den Reichsfinanzminister ein Fonds in Höhe von 5 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt wird. Der Reichsausschuß fordert ferner, daß die in Preußen im ordentlichen Haushalte bewilligten Mittel zur Fürsorge für erwerbslose Jugendliche und zur allgemeinen Pflege der Jugend, die inzwischen vom Preußischen Finanzministerium eingespart worden sind, in vollem Umfange ihrem vom Preußischen Landtage zugedachten Zwecke wieder zugeführt werden." Der Reichsausschuß erwartet auch von den übrigen Ländern, daß Mittel und Einrichtungen für die Hilfe an erwerbslosen Jugendlichen bereitgestellt werden.

„Die ausgezeichneten Dienste, die die Berufs- und Fachschulen in der beruflichen und allgemeinen Fortbildung für erwerbslose Jugendliche geleistet haben und leisten können, nötigen den Reichsausschuß zu der Forderung, daß die Länder als die Träger des Berufs- und Fachschulwesens sich der Notwendigkeit nicht verschließen, die Berufs- und Fachschulen in ihrem gegenwärtigen Umfange zu erhalten und im Hinblick auf die Verwendungsmöglichkeiten für die Erwerbslosenhilfe diese pädagogischen Einrichtungen auszubauen."

Der Reichsausschuß richtet die dringende Bitte „an die Gemeinden, trotz ihrer finanziellen Bedrängnis die Not ihrer erwerbslosen Jugendlichen durch Bereitstellung geeigneter Aufenthalts- und Schulungsräume, durch Speisungen und durch Einsatz von Geldmitteln überwinden zu helfen. Der Reichsausschuß ist überzeugt, daß diese Aufwendungen in keinem Verhältnis zu den sonstigen Fürsorgelasten stehen und eine wichtige Voraussetzung für die Wirksamkeit der Hilfe seitens der freien Verbände sind.

Die gegenwärtige schwere und umfangreiche Not der erwerbslosen Jugendlichen kann wesentlich gemildert und auch überwunden werden, wenn öffentliche und freie Träger der Hilfe für erwerbslose Jugendliche unter Verzicht auf Zuständigkeitsstreitigkeiten sich zu gemeinsamer Arbeit und zu gegenseitiger Unterstützung bereitfinden."

UNTERHALTUNG u. WISSEN

Die Glücksbude

Erzählung von Ernst Preczang.

Copyright 1930 by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

(16. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Aus seinem heftigeren Weinen tönte leise die Erleichterung mit. Er wollte die Mutter nicht mehr loslassen.

Friedrich suchte mit der Linken ein Taschentuch; er fand es nicht und fuhr sich mit dem Jackenärmel über die Augen. So schwer ihm die Trennung von Trude ankam, in diesem Augenblick wünschte er sich weit weg auf seinen Kutschersitz. Es war so lächerlich: ein weinender Athlet. Und um über diese Situation hinwegzukommen, sagte er das erste, was ihm einfiel: „Der Schimmel wird auch nicht mehr lange machen, Herr Tattenbach."

Jeremias wandte sich ihm langsam zu: „Der Schimmel? Mich wird er überleben, Herr Friedrich." Er streckte ihm die heiße trockene Hand entgegen: „Ich danke Ihnen, daß Sie uns beistehen."

„Mit meiner einen Hand!" sagte Friedrich und hob die Linke.

„Die andere hat das Messer aufgefangen, das für mich bestimmt war. Ich habe Ihnen wohl noch nicht einmal ein Wort des Dankes gesagt?"

„Schweigen wir davon, Herr Tattenbach, Frau Trude hat es schon getan."

„Ja, sie denkt an alles." Er lag eine Weile still. Dann reichte er Friedrich von neuem die Hand: „Sie werden sie nicht verlassen, wenn ich nicht mehr sein sollte?"

„Nie. Ich hab' ja selber keinen Menschen."

Jeremias nickte. „Es lebt sich gut in ihrer Nähe. Sie zieht dem Leben die Stacheln aus. Haben Sie das schon bemerkt?"

Friedrich sah ihn erstaunt an. „Wie Sie das in Worte bringen können! Dem Leben die Stacheln — ja, so ist es wirklich, Herr Tattenbach!" Er senkte die Stimme: „Ich verehre Ihre Frau."

Jeremias lächelte leicht: „Natürlich. Meinen Sie, ich hätte das nicht gesehen?"

Der andere wurde feuerrot.

„Noch eins, Friedrich: halten Sie die Glücksbude — ich meine den Wagen — halten Sie alles in guter Ordnung, wenn Sie meine Frau nicht betrüben wollen. Sie ahnen ja nicht, wie sie daran hängt. Ich glaube, ihre Seele fährt mit."

Friedrich drückte ihm die Hand. Eine große Freude erfüllte ihn. „Ihre Seele fährt mit", wiederholte er in Gedanken. Das wollte er nicht vergessen!

Und urplötzlich war sein Humor da. Er lachte und sagte: „Wozu blasen wir eigentlich Trübsal, Herr Tattenbach? Sie werden gesund werden, und wir sehen uns alle fröhlich wieder! Ich bringe Wein aus Italien mit — und dann wollen wir eine regelrechte Feier in diesem Garten veranstalten. So ähnlich wie damals — wissen Sie noch? — als wir den dreißigsten Geburtstag Ihrer Frau feierten!"

Jeremias machte nur eine Bewegung mit der Hand . . .

Mutter und Sohn kamen Arm in Arm herein. Sie hatten sich gründlich ausgeweint.

Und wenn es Frau Trude auch nicht ganz passend erschien, daß Friedrich seine Schnurren aus dem Artistenleben hervorkramte und lautes Lachen diesen Tag beschloß, eine Art Erleichterung war's ihr doch. Denn Jeremias lachte auch. Und Jeremi ließ die heiteren Augen nicht von dem langen Friedrich, der immer noch eine fröhliche Geschichte wußte und dessen Linke seine Erzählungen mit lebhaften Gesten begleitete.

So wurde es später, als man vorausgesetzt. In aller Frühe sollte die Ausreise vor sich gehen. Frau Trude wollte Jeremias einen zweiten Abschied von seinem Sohne ersparen. Aber die fortwährenden Gemütsbewegungen des Abends ließen niemand ruhig schlafen. Auch Friedrich nicht, der sonst nicht über Schlaflosigkeit zu klagen hatte. Er wollte am Morgen eine kleine Abschiedsrede an Frau Trude halten und versuchte in der Nacht, sich den Wortlaut zurechtzulegen. Er meinte, er habe ihr vieles zu sagen. Von seiner Pflicht in geschäftlicher Hinsicht und als Erzieher ihres Sohnes, von seinen besten Wünschen für ihr Wohlergehen und das ihres Mannes, von der Sorgfalt, die er auf den Wagen, auf den Schimmel verwenden wollte — und dann von seinen persönlichen Empfindungen für sie. Das letzte sollte nur zart angedeutet werden, eben so viel, daß es zum völligen Verständnis ausreichte. Erst in den Morgenstunden löste ein unruhiger Halbschlummer seine Grübeleien ab, und auch dann tanzte ihr Bild in seinen Träumen auf und nieder, hin und her, verschwand und kam wieder.

Die verworrensten Empfindungen erfüllten auch Jeremi, der ebensowenig Ruhe auf seinem Lager fand. Nachdem er sich der Mutterliebe uneingeschränkt sicher wußte, erschien ihm die Reise mit Friedrich nur halb so verlockend als vorher. Der Wunsch stieg in ihm auf, in diesem kleinen Hause zu bleiben und die Schule zu besuchen, wie er das von anderen Kindern gesehen hatte. Aber dieser Wunsch wurde verdrängt von der Neugier nach dem Wunderbaren, das ihm Friedrich in Aussicht gestellt. In fremde Länder sollte es gehen. In Gegenden, die, wenn man dem langen Athleten glauben durfte, nicht die geringste Aehnlichkeit mit denen hatten, die dem Knaben bekannt geworden. Und dann — ja, es war wie ein Wandelpanorama in seinem erregten Hirn: die Gedanken- und Empfindungsketten knüpften an das Ende stets wieder den Anfang. Dazwischen hörte er die ermahnende Stimme seines [illegible]; auch der Grevesberger Gemeindevorsteher mit seinen roten Augen war wieder da; er vernahm das Schluchzen [illegible] Mutter, fühlte ihren Kuß, ihren warmen Atem — [illegible] wachte.

Und vielleicht war der Traum zufällig in die Wirklichkeit übergegangen oder umgekehrt: Frau Trude hatte [illegible] mit einem Kuß geweckt und stand nun an seinem Lager. Aber sie schluchzte nicht. Er sah ein stilles, heiteres Gesicht über sich und hörte noch halb im Traum ihre Worte: „[illegible] ist Zeit, Jeremi, Friedrich holt schon das Pferd!" Und dann war er jählings gewaschen und angezogen, hatte Kaffee getrunken, und der Wagen stand fix und fertig und beladen vor der Tür. Der Vater sollte nicht gestört werden; aber er rief: er hatte die ganze Nacht auf diesen Augenblick gewartet. Auf beiden Seiten flossen noch einige Tränen, eine, zwei Umarmungen noch: ein langer zärtlicher Blick der Mutter, ein Kuß — und Jeremi saß neben Friedrich auf dem Kutschersitz. Neben Friedrich, der nie ein verdrießlicheres Gesicht gezeigt hatte als eben jetzt, da er dem Schimmel das erste „Hüh!" zugerufen.

„Wenn du mal eine Rede halten willst, kleines Wiesel, dann ist es das Dümmste, was du tun kannst, wenn du dir die Nacht vorher um die Ohren schlägst, um darüber nachzudenken."

Friedrich hatte sich wie ein Taubstummer von Frau Trude verabschiedet. Das wurmte ihn. Er war schon einige hundert Meter gefahren, als er sich noch einmal herausbog und zurückblickte. Da stand Frau Trude am Gartenzaun und sah ihnen nach.

„Brr!" Der Schimmel stand.

„Halt' mal 'nen Augenblick die Leine, kleines Wiesel; ich hab' was vergessen."

Mit seinen größten Schritten ging er zurück, reichte der erstaunten Frau Trude die Hand über den Zaun und sagte:

„Ich bin recht dumm von Ihnen gegangen, Frau Trude. Sie müssen sich nichts dabei denken. Ich liebe und achte Sie."

„Das weiß ich, Herr Friedrich. Sie sind ein lieber und guter Mensch!"

Er bekam noch einen gütigen, sehr gütigen Blick dazu, und der Ton der Stimme war so freundlich, daß er in seiner Freude etwas tat, was er noch nie und bei niemand getan hatte: er küßte ihr die Hand.

Und als er zurückkam zum Wagen und wieder aufgestiegen war, da leuchtete sein Antlitz wie verklärt, und von der Verdrießlichkeit war keine Spur mehr vorhanden. Er griff zum Leitseil, behielt es aber nicht lange.

Jeremi nahm es ihm aus der Hand: „Sie fahren ja in die Kirche, Onkel Friedrich. Wir wollen doch nach Italien."

Der Schimmel stand wirklich mit dem Kopf am Domportal.

Für Frau Trude kam nun ein harter Herbst und ein noch härterer Winter. Das Leiden ihres Mannes ward ihr eigenes Leid. Die Brustwunde war geheilt; das Lungenleiden strebte immer mehr einer Krisis zu, — und man konnte nicht sagen, daß Jeremias mit Fassung das Unabänderliche ertragen hätte. Es kamen Tage, an denen er still und wortlos lag vom Morgen bis zum Abend, aber die Zahl derer war größer, die sich durch seine Launenhaftigkeit und Reizbarkeit zu einer zwölfstündigen Pein für Frau Trude gestalteten; dazwischen verstreut einige, in denen neue Lebenshoffnung ihn hoch und freudig stimmte, und ein paar Tage, die er mit den bittersten Selbstanklagen und reuigsten Versicherungen, mit den weichesten Ausdrücken seiner Liebe erfüllte.

Frau Trude trug die einen wie die anderen. Nicht gleichgültig. Aber mit jener Schweigsamkeit und Ruhe, die ihre einzigen Waffen waren. Freilich: die Stirn faltete sich öfter als je, und in ihre Züge prägte sich nach und nach die Spur der ernsten Tage, die sie durchleben mußte. Ihre Heiterkeit lebte ein zaghaftes, verborgenes, unterdrücktes Leben. Tot war sie wohl noch nicht; zuweilen wagte sie sich schüchtern hervor. Wenn Doktor Trall einen seiner trockenen, harmlosen Scherze machte, oder wenn im Leiden ihres Mannes und in seiner Stimmung drei gute Tage aufeinander folgten.

(Fortsetzung folgt.)

Tage, Stunden, Minuten des Aufbruchs / Novembererinnerungen

Vater sagte mir, daß die Soldaten draußen an den Fronten die Nase wirklich voll hätten und nicht mehr mitmachen, daß etwas in der Luft sei, etwas Brandiges, es rieche schon nach Gewitter, fett und blutig, und wenn es herauftommt, und das werde es allem Anschein nach wohl, wird es bös hergehen. Da sollen die Hohenzollern schnell ihren Hausrat zusammenpacken, die benachbarten Dynastien auch, die Kerls, die etwas zu befürchten haben, sollen schnell zum Optiker laufen, um, wenn es mit ihrer Herrschaft zu Ende wäre, die blauen Brillen parat zu haben, rasieren sollten sie sich, wenn sie mit einem vorschriftsmäßigen Bart nach Schweden oder in die Schweiz wollen — Wolken zögen schon herauf. Lange genug hätte es auch gedauert, sagte er, wir hätten uns zu Tode gesiegt, und das Geschrei der Mütter und Bräute zerreißt einem noch die Ohren. Er wundert sich überhaupt, daß die tapferen Jungens nicht schon früher den Generälen vorgeschlagen haben, den Krieg doch allein zu Ende zu führen. Aber jetzt hätte er ein Ende. Ich sollte man gut aufpassen, das wird nichts schaden. Hauptsache sei, daß der Wind richtig hinschlägt.

So ist es nun auch gekommen. Tags darauf purzelten zwei Dutzend Fürstenkronen in den unheroischen Eimer der Vergangenheit, den die Genossen bereitgestellt hatten.

Auf den Straßen sang man die Marseillaise. Das Volk jubelte.

•

Ich war seiner Zeit wohl ein gut ausgewachsenes, aber für meine dreizehn Jahre schon etwas lang geratenes Bürschchen, von einer maßlosen Gefräßigkeit, mit einem unproportionierten, zerhauenen Speckkopf auf den Schultern, ein wenig aufgedunsen von den Kohlrüben. Ich sperrte Mund und Nase auf, als mich mein Vater auf die Revolution aufmerksam machte und mir in seiner ungelenken Art die Möglichkeit und Notwendigkeit einer republikanischen Staatsform, die uns nun sicher sei, begreiflich zu machen versuchte. Daß ich auf den Kopf gefallen bin, kann man wohl schwerlich sagen, so hatte ich es bald weg, worauf es ankam. Aber ich schielte doch noch etwas ungläubig und vor allem maßlos verwundert in die uns bevorstehende Geschichte, mit hochgezogenen Achseln und dem Kopf voll Blut. So, wie man sich auch körperlich ein wenig einzieht, um sich zu verkriechen wie in eine Höhle, und nur den Kopf rausstreckt und schnuppert, wie der Wind geht.

•

Meine dreißig Stück „Lokal-Anzeiger", die ich alltäglich morgens und abends auszutragen hatte, unter den Arm geklemmt, türmte ich die Treppe hinunter. Die Leute taten alle sehr aufgeregt, und an den Ecken und auf den freien Plätzen sammelten sie sich, einer schrie was in sie hinein, fuchtelte wild mit den Händen, und dann schrien sie auch. Komisch, ich mußte immer lachen.

Auf den dunklen Treppenaufgängen, die nur durch wenige ramponierte, krächzende Gaslampen notdürftig beleuchtet waren, las ich klopfenden Herzens den „Lokal-Anzeiger". Darin siegten sie noch auf der ersten Seite, und der Herr, der sich fast in jedem Leitartikel beim allerhöchsten Kriegsherrn untertänigst entschuldigte, daß er nur der geistigen Kriegsversorgung des deutschen Volkes und der moralischen Stärkung ihres Rückgrats Arbeit und Vertrauen opfern könne, bedauerte die miese und verbrecherische Stimmung an den Fronten und empfahl seinen hochwohllöblichen Lesern im Vertrauen auf Gott, Kaiser und die Rüstungsindustrie in einem säbelrasselnden Deutsch das weitere Siegen. Danke. Der Mann konnte es gut sagen.

Nee, das war nichts, da mußte noch etwas anderes stehen.

Ja, hier meldete man den bevorstehenden Waffenstillstand. Die Mitglieder der Vaterlandspartei brüllten und klapperten mit den Orden. Das Volk atmete auf und das Drunter und Drüber begann.

Bruder Hans wird heimkommen! Ich fror, und dicke Tränen leckten mir das Gesicht ab. Nun war es warm auf den Treppen.

•

[illegible] aber kamen die Klassenlehrer aufgeregt aus dem Konferenzzimmer gelaufen. Der dicke Pompe gestikulierte wild mit den Armen und redete wie ein Waschweib, aber mit [illegible] leugnender Eindringlichkeit auf unseren Ordinarius [illegible] ein. Der machte ein Gesicht wie ein aufgeschwemmter Hefeteig. Als uns Hinrici wieder in Verwahrung nahm, bemühte er sich sichtlich krampfhaft, ein steifes Gesicht zu machen. Nervös zuckte die Oberlippe, die verriet doch das ganze Theater. Draußen auf der Straße ging es laut her. Man [illegible], was. Man schien zu toben, Zeitungsverkäufer brüllten die Extrablätter aus. „Kriegsende!", „Revolution!", „Der Kaiser muß abdanken!". Das Herz schlug uns fast gegen die Zähne. Wir rutschten auf unseren Bänken hin und her und ohne etwas zu sagen, fragen oder ans Fenster springen zu dürfen, wurden wir zu einem unbändigen Gefühl, einem Klumpen Masse, deren heißer Atem Lehrer Hinrici entgegenschlug.

„Ruhe, Stillsitzen", das war die einzige Abwehr, die ihm in dem Augenblick pädagogischer Unfähigkeit retten sollte. Er war bei Gott kein „Sozi". Ein strammer Heimkrieger. Seine Kehlkopfhurras nach jeder Siegesmeldung knallten kernig dem schmierigen Steindruck Bismarcks entgegen.

Obwohl wir uns noch keine rechte Vorstellung von der zeitgeschichtlichen Bedeutung der uns damals bewegenden Situation machen konnten, waren wir wie in Lava gekocht und zum Bersten neugierig, und die wenigen Worte der Ausschreier, die uns von der Straße hinauf in die Ohren flogen, betäubten unsere jugendlichen Sinne mit der süßen Musik der Verwunderung. „Revolution", das war für uns Knaben noch etwas Unfaßbares, das sich in Herz und Hirn einschmeichelte. Schön war es, dieses Wort singend in den Ohren zu haben. Da tanzte etwas Helles in unseren Augen und begeisterte uns maßlos und hob uns aus den Bänken, darin wir nicht mehr sitzen konnten, in all der Unruhe, die in den Gliedern lag.

Gott sei Dank, das Glockenzeichen der vierten Pause kam dem Hinrici entgegen, der schien zu explodieren unter der lächerlichen Maske, die er für uns angelegt hatte. Uns wäre es dann bös ergangen. Mit ungeheurem Krach sprangen wir nun auf und erlösten unsere Leiber von dem zwangvollen Krampf jener Stunde. Ein undurchdringliches Gewirr von 36 Stimmen, die durcheinander schlugen, durcheinander purzelten, hielt der Raum. Ich stand einen Augenblick allein und horchte der Wiederholung der Worte meines Vaters nach: „Revolution, Republik", ja, und dann sprang ich auf das Katheder — rief die Jungens an — langsam verebbte das Durcheinander — und hielt eine aufreizende und kuriose Rede. Es ist nicht zu leugnen, daß die Vokabeln und überhaupt die ganze knabenhafte Intensität Schillers „Räuber" entnommen waren, das einzige Stück Dichtung, das uns Knaben aus der Oberklasse begeisterte und gegen den Himmel hob. Meine Ansprache wird sicherlich ein ungeheurer Blödsinn gewesen sein, das macht nichts. Der Anlaß und das Gefühl waren echt und notwendig. Bei den letzten Sätzen brüllte ich schon wie ein Verrückter. — Das Geschrei meiner eigenen Worte stieg mir in den Schädel und besoff mich. Mit dem Knüppel platzte Hinrici zwischen uns und fegte uns wieder in die Bänke. Ich bekam ein Dutzend mörderisch gegen die Backen, daß ich nachher darauf auf dem Bauche liegen mußte. Und dann mußten wir einen Aufsatz schreiben: „Deutschland über alles!"

Ich kam über den ersten Satz nicht hinaus und streikte.

Auf dem Abort las ich dann zum ersten Male eine zerrissene Broschüre, die meine Ansprache an die Jugend bestätigte. Es war das „Kommunistische Manifest". Ich verstand nicht alles, was darin stand, nein, aber ein anderer Himmel stand in mir, ein Segel, wie nie zuvor.

Auf der Straße nahm mich ein Zug singender Arbeiter in seine Arme; das war ein Glück. „Ein Sohn des Volkes will ich sein . . ." Ein Kind des Volkes. Eines, das nun mit will in den aufströmenden Morgen. . . .

Rote Fahnen knallten über den Zug der Marschierenden. Der Wind schlug hin. Ich hatte gut aufgepaßt, und wir werden wohl jetzt eine Republik haben.

•

Seit diesen knabenhaften Erlebnissen in der Revolutionszeit, die nur das vielleicht unbedeutende Spiegelbild eines ersten Aufhorchens und der jungfräulichen Auflockerung zum Ausdruck zu bringen vermögen, ist man nun eingeordnet worden in die ehernen Bataillone des Sozialismus. Man ist erwachsen, wie das so heißt, ja, man ist nun ein ebenbürtiger, der Entwicklung unseres Volkes und der Menschheit verpflichtender Bürger der Republik. Was in früheren Jahren, in den Oktober- und Novembertagen einem aufriß und in das Feuer unsterblicher Ideen schleuderte, ist heute Bewußtsein, Kampf und Arbeit geworden. Die Technik dieses Kampfes, dieses Bewußtseins, dieser Arbeit ist nicht mehr die Technik der Französischen Revolution. Wir schreien uns nicht mehr auf die Barrikaden, auch heute nicht, wo wir uns erinnern und die Treue halten. Sie sind ein vorsintflutliches Requisit, wie die steifen Rüstungen des Mittelalters, die auch nicht mehr auf den Leib des Jahrhunderts passen. All das ist eine verlorene Poesie, die uns nicht der Befreiung einen Schritt näher bringt. Wir glauben nicht, durch eine Handvoll Patronen Glück und Unsterblichkeit zu erlangen. Es mag vieles versäumt worden sein. Wir sind alle schuldig. Aber der Kampf, den wir täglich führen, führen müssen, ist weniger romantisch, er ist in seiner Nüchternheit und Kleinarbeit heroischer, da er uns einzwingt in die eherne Gesetzlichkeit unseres Glaubens. Es kommt, was wir wollen — und es kommt nicht, was uns nur Spaß macht und nur ein Sport ist. Den Staat erobern, das, was noch stinkt und faul und überflüssig in ihm ist, aufräumen, und alles Krankhafte, Unsaubere, Lächerliche hinauswerfen, das ist eine Aufgabe. Wir müssen diesen Staat lieben, weil wir ihn gewollt haben, wir müssen aus ihm eine Wohnstatt machen, darin wir und unsere Kinder frei und glücklich leben können.

Die den Krieg wollen? Der Völkerbund möge einen Naturschutzpark ausknobeln und ihn denen zur Verfügung stellen, die sich durchaus nicht vertragen können, und die lustig sind, sich weiterhin zu bekriegen. Da sollen dann der „Stahlhelm" und die „Action francaise" und all die anderen internationalen Frontsoldatenorganisationen, die nicht genug haben, aufeinander losgehen dürfen, bis sie weniger sind; mögen die sich laputtbeißen, solange sie Lust daran haben. Wir wollen einmal zusehen.

Wir wollen bei uns zu Hause erst einmal aufräumen, die Zukunft will uns. Niemand darf es geben, der schlapp macht, und nicht die Narre vorwärtsdreht, damit wir dem Ziele näherkommen. Fahnen singen über uns; heute und immerdar, und Millionen sind uns zugetan. Was noch nicht erreicht ist, das freie Spiel unserer Kinder, Wohlstand, Kraft und Gesundheit der Arbeitenden, Friede und Heimat, das müssen wir wollen, kämpfend, eine treue Kameradschaft der Leiber, nun versprecht mir das, Genossen, und der Himmel wird sich über uns glanzerfüllt auftun, und wir werden Sterne sehen, und Musik umrauscht uns, und die sich für uns opferten und starben, werden uns lächelnd grüßen.

Walther G. Oschilewski.

Verlag: Hermann Grünzel; verantwortlich für den Inhalt: Edwin Renninger; beide Charlottenburg, Trafestraße 2—5. Druck: A. Janiszewski G. m. b. H., Berlin SO 36, Elisabethufer 26/30.